Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Lethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pfg., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Seite 864.

Nr. 248. **Magdeburg, Freitag den 21. Oktober 1904.** **15. Jahrgang.**

Von der Gesellschaft für soziale Reform.

Vorige Woche — am Freitag und Sonnabend — hielt in Mainz die Gesellschaft für soziale Reform ihre zweite Generalversammlung ab. Sie tagte unter Leitung des Herausgebers der „Sozialen Praxis", Professor Francke, der in seiner Eröffnungsrede einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Gesellschaft gab. Sie bildete sich im Jahre 1899, um einen Sammelpunkt für eine Sozialpolitik zu schaffen, die zum Zweck hat, die Grundsätze der kaiserlichen Botschaft von 1881 und der Erlasse Kaiser Wilhelms 2. vom 4. Februar 1890 weiter auszubauen. Der vor einigen Wochen in Basel abgehaltene internationale Kongreß für gesetzlichen Arbeiterschutz habe die Gesellschaft in ihrem Bestreben wieder bestärkt.

Die Versammlung hörte zunächst eine Anzahl Begrüßungsreden an und trat dann in die Tagesordnung ein. Am ersten Tage verhandelte man über

Arbeitskammern,

worüber der Tübinger Privatdozent Dr. Harms referierte. Das Ziel der Sozialreform ist ihm die Besserung der materiellen Lage der Arbeiter. Dies könne am ersten durch volle Gewährung des Koalitionsrechts und durch Schaffung starker Arbeiterorganisationen geschehen. Eine Solidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern gäbe es im Ernste nicht. Wenn die Unternehmer mit den Arbeitern Frieden schließen, dann geschehe das im Hinblick auf die starke Berufsorganisation der Arbeiter. Redner befürwortet schließlich folgende Leitsätze:

„1. Die Arbeitskammern werden nur für die Industrie gebildet. Die Landwirtschaft scheidet vorläufig aus. 2. In allen Industriegegenden werden (nicht zu große) Bezirke abgegrenzt, für welche eine Arbeitskammer zu errichten ist. Jede Kammer besteht aus so vielen Abteilungen, als Gruppen von verwandten Gewerben vorhanden sind. Die Mitglieder der einzelnen Abteilungen — bezw. deren Vertreter — bilden die eigentliche Kammer. Die Abteilung besteht aus 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern. Die Mitgliederzahl der Kammer soll 40 nicht übersteigen. Aktives und passives Wahlrecht zu den Abteilungen haben alle Unternehmer und Arbeiter, welche in einem gewerblichen Betriebe tätig sind, der mehr als 10 Arbeiter beschäftigt. Außerdem ist für das aktive Wahlrecht ein Lebensalter von 25 Jahren, für das passive ein solches von 30 Jahren erforderlich. Das aktive und passive Wahlrecht ist auch den Frauen einzuräumen. Die Wahl selbst geschieht auf Grund des Proportionalsystems. Die Einzelheiten der Wahl sind gesetzlich festzulegen. Den Vorsitz in der Abteilung übernimmt abwechselnd — je für ein halbes Jahr — ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer. 3. Alle Arbeitskammern eines Landes ressortieren einem für jeden Bundesstaat (event. für mehrere gemeinsam) zu errichtenden Landes-Arbeitsamt. Vorsitzender und Angestellte dieses Amts sind Staatsbeamte. 4. Als Spitze der Gesamtorganisation wird ein dem Staatssekretär des Innern zu unterstellendes Reichs-Arbeitsamt gebildet, dessen Beamten Reichsbeamte sind. 5. Die Kosten der Organisation trägt das Reich. Die Kammerlokalitäten sind von den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. 6. Die Kammern sind in der Hauptsache gutachtliches Organ für die Behörden, insbesondere auch für die Kommunalbehörden. Später sind die Kammern in den Dienst einer umfassenden Arbeitsstatistik zu stellen. Eventuell ist in ihnen auch der Arbeitsnachweis zu zentralisieren. Den Kammern ist ferner die Schlichtung von Interessenstreitigkeiten zu übertragen. 7. Um den Arbeitskammern eine ersprießliche Wirksamkeit zu sichern, ist es notwendig, daß gesetzlich festgelegt werden: der Sitzungszwang und der Verhandlungszwang."

Der zweite Berichterstatter, Vorsitzender des Berliner Gewerbegerichts Dr. v. Schulz, trat für Angliedrung der Arbeitskammern an die Gewerbegerichte ein. Beim Reichs-Arbeitsamt sei eine Abteilung einzurichten als Reichs-Gewerbegericht (Berufungsinstanz für Entscheidungen der Gewerbegerichte und Innungsschiedsgerichte an Stelle der bisherigen Instanzen).

Die Diskussion drehte sich vor allem um die Frage, ob paritätische Arbeitskammern (in denen Unternehmer und Arbeiter zusammen tagen) oder reine Arbeiterkammern zu schaffen seien. Für die ersteren traten neben dem Referenten besonders die christlichen Sozialreformer und Gewerkschaftsführer ein, während die letzteren von dem Sekretär der Kölner Handelskammer, Dr. Wirminghaus, und den anwesenden Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinlern befürwortet wurden. Die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat vor einiger Zeit einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der ebenfalls Arbeitskammern fordert. Die Frage ist aber auch in unsern Reihen noch umstritten. Die Sozialreformer in Köln begnügten sich mit der Diskussion. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, trotzdem der Vorsitzende in seiner Begrüßungsansprache versichert hatte, daß 750 000 organisierte Arbeiter, Christliche und Hirschen mit „Interesse und Spannung" den Beschlüssen der Gesellschaft entgegensähen.

Am zweiten Tage beschäftigte man sich mit den

Konsumvereinen.

Der Referent, Dr. R. Riehm, gab zunächst einen historischen Ueberblick über die Konsumvereinsbewegung in England und Deutschland. Er hält die Konsumvereinsbewegung für die natürliche Folge großindustrieller Entwicklung. Die konsumgenossenschaftliche Tätigkeit sichert vielfach erst den tatsächlichen materiellen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit. Gegenüber den konsumschädlichen Wirkungen der Ringe und Kartelle stehe man hilflos da, wie die Verhandlungen im Reichstag und auf dem Juristentag gezeigt haben. Als Gegengewicht habe man die Stärkung der Koalitionsrechte der Arbeiter vorgeschlagen. Aber wirksame Abhilfe könne nur auf dem Gebiet der Konsumentenvereinigungen geschaffen werden: durch die Selbhilfe der Konsumenten. Die Konsumvereine führen auch zur Hebung der Konsumentenmoral. Mit wahrem Abscheu müsse man das Geschrei über die Gefahr der Konsumvereine zurückweisen. Wo liegt diese Gefahr? Man sage: die Konsumvereine schalteten den Mittelstand aus. Aber die Händler seien nur ein sehr kleiner Teil des Mittelstandes, sie machten nach den Feststellungen von Böttger nur 3,5 Prozent, die Bauern 26,9 Prozent, die Arbeiter 20,9 Prozent, die Rentner und Pensionäre 16,5 Prozent des Mittelstandes aus. Und dieser verschwindend kleine Teil habe, weil er seine wirtschaftlichen Funktionen nicht mehr wie bisher zu erfüllen vermag, die Entwicklungsgeschichte genau so zu ertragen, wie einst die Arbeiter und andre Betriebsgruppen, die durch Maschinen oder durch die Entwicklung ausgeschaltet worden sind. Dem Sinken auf der einen Seite habe stets ein Aufsteigen auf der andern Seite entsprochen. Man bezeichnet die Konsumvereine als staatsgefährlich, umstürzlerisch, während sie doch gerade Ordnung schaffen und die Gefahren der Kartelle eindämmen. Dann sagt man, daß die Konsumvereine sozialdemokratisch seien. Es ist richtig, daß in den Konsumvereinen eine große Zahl der Mitglieder Sozialdemokraten sind — außerhalb der Konsumvereine. Während die Behörden zur Zeit, als Lassalle gegen die Konsumvereine agitierte, konsumvereinsfreundlich waren und die Arbeiter dafür zu gewinnen suchten, haben sie sich jetzt, wo die Arbeiter den Konsumvereinen zuströmen, durch das Stichwort „sozialdemokratisch" ebenfalls beeinflussen lassen. Man suche jetzt den Beamten, den staatlichen Arbeitern behördlicherseits die Teilnahme an den Konsumvereinen zu verbieten. Redner kritisiert scharf die Verfügungen der preußischen Minister und die Besteurungsmaßnahmen. Ohne Gleichberechtigung sei die Sozialreform ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle.

Der Referent stellt zur Besteurungsfrage der Konsumvereine folgende Leitsätze auf:

1. Da die Vorteile des konsumgenossenschaftlichen Prinzips für die organisierten Konsumenten in Ersparungen bei Verausgabung bereits besteuerter Einkommen bestehen, welche Ersparnisse aber der Gewerbe- und Einkommenbesteuerung in den deutschen Staaten nicht unterliegen, sind bei materiell richtiger Anwendung der Steuergesetze auf die Konsumvereine, deren Betriebserübrigungen sowie die Ersparungen der Mitgliedern selbst nicht zu besteuern.

2. Da die Warenabgabe an Nichtmitglieder durch verschiedene strafrechtliche Bestimmungen peinlichster Art unmöglich gemacht ist, gibt es in Deutschland keinen Konsumverein mehr, der seinem Wesen durch eine die Besteuerung rechtfertigende tatsächliche und beabsichtigte Gewinnerzielung untreu werden könte. Steuerliche Vorschriften und Interpretationen, die aus äußeren Einrichtungen auf das Gegenteil schließen und darum Besteuerung eintreten lassen, sind daher ebenso widersinnig wie ungerecht.

3. Da niemand Gewerbesteuer zu entrichten braucht, ohne ein Gewinneinkommen zu haben, können die Konsumvereine nur auf Grund einer völlig veränderten Gewerbesteuergesetzgebung besteuert werden, etwa einer auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung aufgebauten, die an die Tatsache gewerblicher oder gewerbeähnlicher Einrichtungen anzuknüpfen hätte.

4. Nach dem heutigen Stande des Steuerrechts sind der Besteuerung allein zugänglich das Vermögen der Vereine mit seinem Bestand (Vermögens-) oder Zinserträgnisse (Kapitalrentensteuer); ferner sind zu entrichten Grund- und Gemeindesteuer.

5. Sonderbesteuerung der konsumgenossenschaftlichen Warenumsätze ist nichts andres als eine in gesetzlicher Form ausgeübte Expropriation der Ersparnisse meist armer Leute, die wegen ihres besonderen wirtschaftlichen Zweckes eher noch schärfer zu verurteilen als zu entschuldigen ist. Die Gründe der die Warenhaussteuerfreiheit aussprechenden Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts müssen von den Steuerbehörden auch auf die Konsumvereine angewandt werden. In allen Staaten aber ist zum mindesten die Ausdehnung der sogenannten Warenhaussteuer auf die Konsumvereine entweder aufzuheben, oder ein für allemal abzulehnen.

In der Diskussion vertrat zuerst der Antisemit Raab die „gesunde Mittelstandspolitik". Er vermißt den Nachweis, daß die Konsumvereine einen wirtschaftlichen Vorteil haben und spricht sich für eine „gesunde Umsatzsteuerpolitik" aus, die nach ihm wohl als Erdrosselungssteuer dienen soll.

Magistratsrat Barth-München, Vorsitzender des Verbandes süddeutscher Konsumvereine, erklärt, es sei nicht die Aufgabe der Konsumvereine, billiger als die Kaufleute zu verkaufen. Sie sollen gute Waren, gesunde, unverfälschte Nahrungsmittel zu dem mittleren ortsüblichen Preis verkaufen und am Jahresschluß den Mitgliedern als Ersparnisse Ueberschüsse herauszahlen. Eine unehrliche Kampfesweise, für die jeder parlamentarische Ausdruck fehle, sei es, die Konsumvereine als sozialdemokratische zu bezeichnen.

Arbeitersekretär Giesberts-M.-Gladbach verlangt vom Rechtsstandpunkt aus, daß Konsumvereine dieselbe Berechtigung haben müssen, wie die andern Genossenschaften. Redner glaubt, daß sich Gewerkschafts- und Konsumvereine ergänzen müßten, als die beiden Pole zur Besserung der Arbeiterverhältnisse.

Abstimmungen finden auf den Generalversammlungen für soziale Reform nicht statt, so daß nicht festgestellt werden konnte, ob die Mehrheit für die Riehmschen Thesen war.

Nachdem die Debatte über die Konsumvereine erschöpft war, wählte man noch einen Ausschuß, der aus einer sehr gemischten Gesellschaft zusammengesetzt ist: Professor Brentano (München), Abgeordneter Brust (Altenessen), Professor Francke (Berlin), Arbeitersekretär Giesberts (M.-Gladbach), Gewerbeinspektor Lösser (Darmstadt), Abgeordneter Pachnicke (Berlin), Professor Sombart (Breslau), Pfarrer Lic. Weber (M.-Gladbach), Professor Wirminghaus (Köln). Dann schloß der Vorsitzende, Professor Francke, die Sitzung.

Selbst unverwüstliche Optimisten werden nicht behaupten wollen, daß für die Fortsetzung der Sozialreform irgend ein Gewinn aus dieser Tagung entsprungen wäre. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 20. Oktober 1904.

Zweihundert Millionen für Südwestafrika!

Auf mehr als hundert Millionen belaufen sich nach einer Nachricht, die wir gestern verzeichneten, die bisherigen Kosten des Hererokrieges. Die Kosten, die die Niederwerfung des ganzen südwestafrikanischen Aufstandes verursachen werden, werden von denselben Kreisen auf rund 200 Millionen geschätzt.

Dieser afrikanische Pfeffer beißt selbst dem „Berliner Tageblatt", das unentwegt weltpolitisch sich gebärdet, in die Augen. Es schreibt:

> Es steht ja außer Frage, daß wir den Aufstand niederwerfen müssen, koste es was es wolle. Aber angesichts dieser Kostenrechnung, deren Höhe den gegenwärtigen wie jeden etwa möglichen Zukunftswert der südwestafrikanischen Sandbüchse bei weitem übersteigt, kann man sich eines Bedauerns darüber nicht erwehren, daß das Reich überhaupt über diesem unfruchtbaren Sand- und Gebirgsland die Flagge gehißt. . . . Die Kolonie kann uns in absehbarer Zeit keine Vorteile bieten, selbst wenn sie nicht so verwüstet wäre wie gegenwärtig. Da wird ein so hohes Opfer doppelt schwer, und dreifach schwer wird es, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele große Reichsinteressen in der innern wie in der äußern Politik unter dem chronischen Geldmangel im Reiche leiden müssen. Wieviel hätte für die 200 Millionen, die wir nun zu Grund perdu (für nichts) hinauswerfen müssen, auf dem Felde dringender Reichsaufgaben geleistet werden können.

So wird es allmählich auch den Bestgesinnten klar, wie recht die Nörgler und Vaterlandsfeinde mit ihrer Kritik der deutschen Kolonialpolitik gehabt haben. Das „Tageblatt" spricht jetzt endlich offen aus, was längst klar ist, freilich aber bisher nur in sozialdemokratischen Zeitungen zu lesen war: daß nämlich der südwestafrikanische Krieg eigentlich der hellste Wahnsinn und die tollste Millionen-Vergeudung ist, die in der Weltgeschichte jemals vorgekommen ist.

Und noch immer steht es „außer Frage, daß wir den Aufstand niederwerfen müssen, koste es, was es wolle!" Diese freisinnige Ehren-Logik ist wirklich unbezahlbar. Wem wollen wir denn dadurch imponieren, daß wir „den Aufstand niederwerfen"? Wem glaubt man Respekt einflößen zu können durch eine Politik, die den afrikanischen Sand mit deutschem Blut düngt, die Wüstenei, so weit und breit sie ist, mit Hundertmarkscheinen pflastert, wenn man zugleich weiß, daß das alles nur so zum Vergnügen geschieht, und daß das deutsche Volk für all die ungeheuren Opfer, die es bringt, niemals irgend einen greifbaren realen Vorteil haben wird?

Nun ist es freilich wahr, „wir" werden diesen Aufstand niederwerfen, „koste es, was es wolle". Und kein Mensch kann behaupten, daß „wir" mit den 200 Millionen auskommen werden, die eine sehr vorsichtige Schätzung als die voraussichtlichen Kosten dieses ruhmreichen Feldzugs annimmt. England hat zur Niederwerfung der burischen Freistaaten die Kleinigkeit von 4 Milliarden verbraucht — warum sollten „wir" uns nicht schließlich auch dasselbe leisten können wie die Vettern jenseits des Kanals? Daß England mit vollem Bewußtsein für große kapitalistische Vorteile gekämpft hat, während „wir" unser Geld nie wiedersehen werden, ändert ja nichts an der Sache. Denn es handelt sich ja in Südwestafrika nur um „unsre Ehre".

Die Masse des deutschen Volkes ist auf diesen Ehren- oder glücklicherweise nicht eingeschworen; die Notwendigkeit, daß „wir" uns mit Samuel Maharero, Hendrik Witboi und den andern afrikanischen Herrschaften auf Tod und Leben duellieren müssen, sieht es durchaus nicht ein. Den herrschenden Klassen fällt die Schuld an diesem tollen Ehrenhandel vom Anfang bis zum Ende zu. Und wenn hundert und aber hundert Millionen dafür geopfert werden, so geschieht es nicht deshalb, weil es die Ehre des deutschen Volkes, sondern weil es das Prestige des herrschenden Systems so verlangt.

Daß dabei nicht einmal die Formen gewahrt bleiben, die die Verfassung vorschreibt, daß über den Kopf des Reichstags hinweg nach rein absolutistischer Art Ausgaben gemacht werden, die das Gleichgewicht des Reichshaushalts für Jahre über den Haufen werfen und die regellose wirtschafts- und verfassungswidrige Schuldenwirtschaft vermehren, gehört zu den besonderen preußisch-deutschen Eigentümlichkeiten dieses Systems. Es ist merkwürdig, daß noch kein freisinniges Blatt diesen in die Augen springenden Umstand hervorgehoben hat, und daß es immer wieder nur die „Umsturzpresse" ist, die für die Beachtung der Verfassung eintritt.

Der „Ehrenfeldzug" nach Südwestafrika bleibt in allen Erscheinungen, die er zeitigt — in kolonialpolitischer, innerpolitischer, militärischer Beziehung — ein unerträglicher Skandal. —

Der Schwarzen Verzweiflung.

Ein „alter Südwestafrikaner", der länger als ein Jahrzehnt im Namalande als Farmer und Kaufmann ansässig war und vor kaum Monatsfrist nach Deutschland zurückgekehrt ist, läßt der freisinnigen „Voss. Ztg." eine Schilderung der Eindrücke zugehen, die er dort von den jetzt aufständischen Naman gewonnen hat. Diese Schilderung wirft, meint das freisinnige Blatt, „interessante Streiflichter auf den Charakter der Hottentotten und läßt uns einen Einblick in die Beweggründe tun, die diese jetzt zum Aufstande veranlaßt haben". Der Betreffende schreibt u. a.:

„Als ich vor mehr als 12 Jahren über See nach Deutsch-Südwestafrika kam, gab es noch keine deutschen Beamten und Offiziere im ganzen großen Namaland, nur einige wenige herumziehende Händler englischer, deutscher, holländischer oder gemischter Rasse fand ich vor, und auf der sogenannten „Musterfarm" Rehoboth, welche der „Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika" gehören sollte, hauste Herr Leutnant und Rittergutsbesitzer a. D. Ernst Hermann. Zu jener Zeit fühlten sich die Eingebornen noch als wirkliche Herren des von ihnen zum Teil gekauften, zum Teil eroberten Landes, doch sahen sie in uns wenigen Weißen höhere und weisere Menschen und ehrten uns als solche, solange wir uns dessen würdig zeigten. Da den „Naman" (Hottentotten) als Richtschnur galt: „Ein Mann — ein Wort", „Ehret das Alter", „Ehrlichkeit — Gerechtigkeit — ruhiges Benehmen", im übrigen aber — „volle Freiheit jedem Menschen", so wurde es uns wahrlich nicht schwer gemacht, uns als „höhere Wesen" zu behaupten.

Als unsre Beamten und Offiziere ans Land gekommen waren, folgten bald auch minderwertigere Charaktere und sehr bald sah der „Hottentott", daß er nur durch Hinterlist, Bestechlichkeit, Unredlichkeit, Augendienerei usw. sich gegen den Ansturm der Zivilisation und Kultur halten könne, — ein Hottentott hat aber ein wenigstens ebenso großes Auffassungs- und Anpassungsvermögen wie ein Pavian. Der Zug zum Schlechten liegt im Menschen; die Missionare, unsre Beamten, wir Kaufleute und Ansiedler wohl mehr oder weniger auch, haben wohl uns die Mühe gegeben, den „Nama" („Nama", Plur. „Naman") höhere Kultur, Zivilisation, Ehrgefühl usw. zu lehren und durch uns selbst zu zeigen und so „halb zog es ihn, halb sank er hin und ward zum „Hottentott"". Auch die leider zugleich mit der deutschen Regierung eingetretenen Dürren und daher Hungerjahre haben viel mitverschuldet.

Das Arbeiten haben die Eingebornen nie gelernt, da sie durch Jagd genügend Wild, aus ihren Herden fettes (Fett liebt der Nama sehr!) Fleisch und Milch hatten und die wild im Felde wachsenden, reichlich mehlhaltigen Früchte durch ihre Diener sammeln lassen konnten. Da die Naman sehr bald von Händlern aufgesucht wurden, auch von ihren Missionaren Handelsgüter kaufen wollten, selbst aber zum Ankauf so großer Mengen Güter zu kaum denkbar hohen Preisen nicht genug Herdenvieh besaßen, so wurden von den Stämmen einzeln oder im Verband Kriegszüge gegen die an Herden unermeßlich reichen Hereros unternommen, die immer siegreich endeten. Nur einmal wurden die Naman geschlagen, und zwar weil sie es sich nach einer siegreichen Schlacht mit Honigbier, Beute-Rindern und Beute-Weibern in der Nacht zu gut und bequem gemacht hatten. Bald danach wurde die deutsche Schutzherrschaft erklärt, die trockenen Jahre und öfters Hungersnot setzten ein, die deutschen Kolonialgesetze traten in Tätigkeit und vermehrten sich in erstaunlicher Menge, der Nama wurde zum „Hottentott", die Vernichtung der Eingebornen und deren Armut wurde größer und größer. Plötzlich hieß es, die den Eingebornen zu horrenden Preisen von der deutschen Regierung verkauften Gewehre und Munition sollten den Eingebornen abgenommen werden, und nun sagt sich der „Hottentotte": „Mit dir, o deutsches Recht, ist die Dürre ins Land gekommen, sind unsre Frauen und Töchter (teils mit Recht, teils mit Unrecht!) entwürdigt, ist unser Recht völlig zerstört worden, unsre Leute sind völlig verarmt; nun willst du uns durch Abnahme der Gewehre völlig vernichten. Doch nicht ohne Kampf sollst du uns „freie Naman" zu Hottentotten-Sklaven machen!

„Ein Glück, daß das „Recht" bei den stärksten Bataillonen ist!" setzt das Organ der Freisinnigen Volkspartei diesem Bericht hinzu. Die Gewalt birgt und verkündet das Recht nun auch nach freisinniger Auffassung. Selbst die Liberalen haben kein Verständnis für die Verzweiflungstaten der in den Aufstand gepeitschten Eingebornen. Der Krieg wäre so leicht zu beendigen, wenn die Weißen wollten. Aber die herrschenden Klassen Deutschlands pochen auf ihre starken Bataillone, die nicht aus ihren Reihen und nicht auf ihre Kosten gestellt werden. Frank und ohne Scheu wird von der bürgerlichen Presse die blanke Eroberer willkür verkündigt. Bataillon auf Bataillon wird über den Ozean gesandt, um das „Recht" zu verkünden. Anfang November gehen wieder 1600 Mann ab. Unmittelbar hinterher folgen zwei Dampfer mit Pferden und Proviant.

Sachverständige schätzen die Dauer des Krieges auf mindestens zwei Jahre! —

Elsaß-Lothringen.

Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen hat, wie wir gestern mitteilten, am 18. Oktober einstimmig den Beschluß gefaßt, die Landesregierung zu ersuchen, beim Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches ein Gesetz vorgelegt werde, durch das Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat erhoben würde. Mit fast Dreiviertelmehrheit — 32 gegen 12 Stimmen — wurde auch ein zweiter Teil dieses Antrags angenommen, wonach die Volksvertretung dieses neuen Bundesstaates aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht hervorgehen solle.

Man sollte denken, daß die Reichsregierung nichts eiligeres zu tun haben werde, als diesen durchaus berechtigten Wünschen Elsaß-Lothringens nachzukommen. Denn die günstige Wirkung, die eine solche gesunde Reform auf die auswärtige Politik ausüben würde, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Elsaß-Lothringen, das nicht nur in Frankreich, sondern auch im übrigen Europa vielfach noch als ein durch Kriegsgewalt unterjochtes Land gilt, würde damit als gleichberechtigtes Glied in die deutsche Staatengemeinschaft eintreten. Zudem kann ein Land, das an den Grenzen der französischen Republik und der freien Schweiz liegt, nicht gut auf die Dauer anders verwaltet werden als im Geiste der Demokratie. Jeder allzu große Unterschied der Verfassung zwischen hüben und drüben fordert zu neidvollen Vergleichen heraus und nährt die Reichsverdrossenheit. Gerade um die Reichslande innerlich fest mit dem deutschen Reiche zu verbinden, müßte die Reichsregierung gern und willig der reichsländischen Bevölkerung alle Freiheiten gewähren, die ihre Grenznachbarn genießen, und die sie selber mit gutem Rechte begehrt.

Indem die deutsche Reichsregierung dem Volke von Elsaß-Lothringen sein gutes Recht auf Freiheit und Selbstständigkeit verweigert, nährt sie in den Reichslanden und in Frankreich alle jene politischen Stimmungen, die seit einem Menschenalter die größte Gefahr für den europäischen Frieden gebildet haben. Wer weiß, mit welchem Interesse die französische Presse alle Vorgänge in den Reichslanden — selbst die unscheinbarsten — verfolgt, der kann darüber nicht in Zweifel sein, mit welcher Genugtuung gerade die Revancheschreier eine Ablehnung oder Verzettlung des elsaß-lothringischen Antrags begrüßen. Das Wort von der notwendigen Befreiung Elsaß-Lothringens würde angesichts eines Konflikts, in dem die Sympathien aller freiheitlich Gesinnten auf Seite des reichsländischen Volkes stehen müßten, einen besonders guten Klang bekommen.

Die „guten Patrioten" mögen auf solche Argumente mit einem protzigen Hinweis auf die deutschen Säbel und Kanonen antworten. Und die ganz gescheiten Politiker mögen mit größerem Rechte dazu bemerken, daß die Revanchestimmung in Frankreich im ständigen Abflauen begriffen sei. Das letztere ist allerdings eine wahre und erfreuliche Tatsache, die auf den Fortschritt wahrhaft demokratischer Kulturgesinnung im französischen Volke, vor allem aber auf die mutige und ehrliche Arbeit der französischen Sozialdemokraten zurückzuführen ist. Aber weder die Macht seiner militärischen Mittel noch die Gunst der augenblicklichen politischen Verhältnisse gibt einem Staate das Recht, Unrecht zu tun. Das Unrecht mag ihm für den Augenblick gut und bekömmlich sein, aber schließlich wird es sich doch auf irgend eine Weise an seinem eignen Leibe rächen. Und ein krasses, ein brutales Unrecht ist es, wenn man dem reichsländischen Volke die Rechte der Freiheit und Selbständigkeit verweigert, die es verlangt.

Man gebe den „wiedergewonnenen Brüdern" ihre Freiheit und beweise, daß sie, nicht brutalem Zwange, sondern dem freien eignen Willen folgend, dem Deutschen Reiche angehören wollen! Das ist die einzige Praxis, die eines Staates würdig wäre, der nicht als brutaler barbarischer Eroberer-staat, sondern als ein moderner Kulturstaat von der Welt betrachtet sein will! —

Sozialdemokratie und Militarismus in der Schweiz.

Seit längerer Zeit wird in der schweizerischen Sozialdemokratie die Frage des Militarismus erörtert. Mit dem vor einem Jahr auf dem Parteitag in Olten gefaßten Beschlusse, eine Volksinitiative einzuleiten, welche die Reduktion der Militärausgaben auf jährlich 20 Millionen verlangt, hat man dem Heerwesen eine verminderte Berechtigung zugestanden. Der Parteitagsbeschluß wurde dann im letzten Frühjahr durch einen außerordentlichen Parteitag aufgehoben. Dies geschah namentlich mit Rücksicht auf die angekündigte Reorganisation des Militärwesens.

Vor einigen Monaten ist nun der bundesrätliche Entwurf erschienen und es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie dieses verdächtige Wesen genau ansieht. Zwar haben die erfolgten Truppenaufgebote bei Streiks die Aufmerksamkeit vorerst auf einen einzigen Punkt gelenkt, so daß man einfach die Forderung aufstellte, die neue Militärorganisation müsse eine Bestimmung enthalten, welche die Verwendung von Truppen bei Streiks verbieten. Es wäre aber bedenklich, um diesen Preis dem Militarismus Konzessionen zu machen, wie sie die Annahme einer neuen Militärorganisation bedeuten würde. Das in Zürich versammelte Parteikomitee hat das erkannt und empfiehlt nun dem Parteitag folgende einer Absage an den Militarismus gleichkommende Resolution:

„Die sozialdemokratische Partei lehnt jedes Gesetz über die Militärorganisation ab, in welchem nicht das Verbot von Truppenaufgeboten aus Anlaß eines Streiks ausgesprochen ist. Der vorliegende Entwurf des schweizerischen Militärdepartements ist für die Sozialdemokratie aber auch aus folgenden Gründen unannehmbar: 1. weil er zu der von ihr angestrebten Demokratisierung des Heerwesens nichts beiträgt, vielmehr eine Stärkung des Militarismus anstrebt; 2. weil er eine Ausdehnung der Dienstpflicht verlangt; 3. weil er den militärischen Vorunterricht obligatorisch erklären will; 4. weil er dem Bundesrat das Recht gibt, nach Gutdünken den Kriegsbetrieb der Eisenbahnen zu verfügen und auf diese Weise das Streikrecht der Eisenbahner illusorisch zu machen."

Wie schon die beanstandeten Punkte zeigen, will die Militärherrlichkeit ihre Macht unter allen Umständen befestigen. Die Sozialdemokratie tut also gut, die Hände frei zu behalten, um im gegebenen Moment die reaktionäre Wehrverfassung erwürgen zu können. Das Volk wird dabei mithelfen, denn die „Preußerei", welche in unserm Militärwesen stets Fortschritte macht, hat eine Erbitterung geschaffen, die nur auf die erste beste Gelegenheit wartet, um sich Luft zu machen. —

Deutschland.

* **Berlin,** 20. Oktober. Im **Abgeordnetenhause** wird nach Erledigung der feststehenden Tagesordnung für nächsten Dienstag auf die Tagesordnung der nächsten Tage gesetzt werden: für Mittwoch den 26. Oktober die Mirbach-Interpellation der Freisinnigen Volkspartei und die Interpellation der Zentrumspartei, betreffend die Wahl in Saarbrücken. Am Donnerstag den 27. Oktober soll die Sitzung ausfallen oder ein Schwerinstag angesetzt werden mit der Tagesordnung: Antrag der freisinnigen Parteien betreffend Wahlrechtsänderung, und Antrag betreffend die Scherlsche Lotterie. —

— Mit dem Ausdruck **„Herdenwahlrecht"** belegt die weiland Stummsche „Post" das Reichstagswahlrecht. In allen Wahlkreisen, wo konservative Reichstagskandidaten auftreten, wird man gut tun, sich diesen Ausdruck zu merken. Er läßt sich in dem Augenblick nützlich verwenden, wo Parteigenossen der „Post" den Wunsch hegen, von der „Herde" in den Reichstag entsandt zu werden. —

— Wieder einmal ist ein **bündlerisches Unterstützungsgesuch an Sozialdemokraten** abgegangen. Dieser Fall liegt folgendermaßen: Für die Landtagsersatzwahl in Sorau-Guben ist neben dem nationalliberalen Kandidaten König der bündlerische Freiherr Wackerbarth aufgestellt worden. Darauf ist der Bund der Landwirte an die sozialdemokratischen Wahlmänner mit der Aufforderung zur Unterstützung der agrarischen Kandidatur herangetreten. In der Not bettelt der umsturzfeindliche Bündler auch bei den Umstürzlern. Wenn's vorbei ist, ist er wieder unentwegt königstreu und läßt an der Sozialdemokratie kein gutes Haar. —

— **Der preußische Städtetag.** Die „Frankfurter Zeitung" berichtet aus Berlin: Die Einberufung des preußischen Städtetages ist für den 6. Dezember anberaumt. Es soll nicht nur über die Rechte der Städte an ihren Schulen und über das Fluchtliniengesetz, sondern auch über das Gesetz zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse verhandelt werden. —

— Eine Verhandlung über den **Fall Lippe im Bundesrat** wird für Sonnabend erwartet. Am Mittwoch nachmittag hatte der Reichskanzler mit dem bayrischen Ministerpräsidenten v. Podewils eine Besprechung über den Fall Lippe. —

* **Aus Hessen-Nassau,** 19. Oktober. Keine Teilzahlungen auf dem Gebiete des **Schulwesens** — das ist die Parole des **Zentrums,** nachdem ihnen die Nationalliberalen so prächtig den Weg geebnet haben. In der „Kölnischen Volkszeitung" finden wir folgenden Schlachtruf:

„Für Sonntag, 23. Oktober, ist eine Landesversammlung der Katholiken Nassaus nach Limburg einberufen, welche in der Schulfrage entschieden Stellung nehmen wird. Laut und feierlich protestieren wir dagegen, daß die Simultanschule zwangsweise für Nassau festgelegt werde, obschon sie dort tatsächlich fast nirgends anfänglich bestanden hat. Wir wollen kein Ausnahmegesetz für uns, sondern wollen in dieser Beziehung wahre Preußen sein. Unsre Parole ist: **die preußische Konfessionsschule für ganz Preußen,** auch für uns, im Interesse des wahren konfessionellen Friedens!"

Das ist klar und schneidend deutlich gesprochen. Wie wird euch, ihr Nationalliberalen, die ihr den Kompromißantrag mit schaffen halfet, um das Zentrum aus der Regelung des Schulwesens „auszuschalten"? Das Zentrum wird jetzt die Tür ganz aufreißen, die ihr ihm zur Hälfte geöffnet habt. Es wäre von seinem Standpunkt aus dumm, wenn es das nicht täte! —

* **Detmold,** 18. Oktober. Als ein Beweis dafür, wie weit der Gegensatz im Lipperland schon in Beziehung auf die Stellungnahme **für oder gegen Biesterfeld** gediehen ist, mag das Nachstehende dienen: Am Sonntag vor acht Tagen fand in Lage — wir hatten darüber berichtet — eine Volksversammlung statt, die der Assessor Tasche von da — er ist Reserveoffizier — mit einer Ansprache im Namen des Komitees eröffnete. Er hob ausdrücklich hervor, daß nicht beabsichtigt sei, irgendwelche Kritik an dem Telegramm des Kaisers zu üben, es solle nur die Meinung des Volkes in Beziehung auf die Regentschaftsvorlage zum Ausdruck gebracht werden. Selbstverständlich konnte dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen; die Versammlung nahm vielmehr Stellung zu dem Kaiser-Telegramm, und zwar in mißbilligender Weise. Das hier erscheinende bückeburgische Organ — offenbar wird es von der schaumburg-lippischen Regierung unterstützt — hatte nun nichts eiligeres zu tun, als durch eine Briefkastennotiz jenen Herrn Tasche

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 248. Magdeburg, Freitag den 21. Oktober 1904. 15. Jahrgang.

Erster allgemeiner deutscher Wohnungskongreß.

gn. Frankfurt a. M., 18. Oktober

Die Sitzung vom Dienstag begann mit der

Besprechung des preußischen Wohnungsgesetzentwurfs.

Referent Reichstagsabg. Jäger erörterte die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs. Wird er Gesetz werden? Das Schicksal der Lex Adickes von 1902, das im Abgeordnetenhause auf Frankfurt beschränkt und noch dazu mancher wirkungsvollen Bestimmung entkleidet wurde, ist nicht verheißungsvoll. Der Entwurf ist allerdings ein großer Vorteil, aber eine grundsätzliche Hebung der Wohnungsverhältnisse wird er allein nicht herbeiführen. Wohl sichert er Mindestansprüche an die Wohn- und Schlafräume, gibt wichtige sozialpolitische Winke für die Aufteilung des Bodens, die Bebauungspläne, die Bauordnungen und die gemeindliche Steuerpolitik, aber er hat kein Mittel, gerade auf dem letztgenannten Gebiete die Gemeinden zu veranlassen, gegen die Sonder-Interessen der Grund- und Hausbesitzer zu handeln. Daß neben dem Entwurf das preußische Kommunalwahlrecht bestehen bleibt, ist der größte Fehler. Sozialpolitische Gesichtspunkte größeren Stils müssen in die Gemeindeverwaltungen gerade dadurch hineingetragen werden, daß die Minderbemittelten, um deren Interessen es sich bei der Wohnungsfrage am allermeisten handelt, mehr als bisher zur Verwaltung der Gemeinden herangezogen werden. An zwei wichtigen Punkten gehe der Entwurf achtlos vorbei, an der Organisation des Baukredits für die Bedürfnisse der minderbemittelten Klassen und an der Bodenfrage. Kommt das Gesetz, wie dringend zu wünschen ist, zustande, so wird die gesetzliche Wohnungsaufsicht, wenn sie nicht Schein und Trug werden soll, vermöge der Mindestansprüche an die Wohnungs- und Schlafräume und an die Familienwohnungen viele überfüllte Wohnungen leeren. Gewiß ist das Gesetz in gewissem Sinne ein Polizeigesetz (Sehr wahr!), aber es ist nötig, denn die Gemeinden haben bisher nichts getan. (Lebh. Widerspruch.) Die Wohnungsaufsicht wird auf ein totes Gleis geraten, wenn das Bedürfnis zur Vermehrung des Baues von Kleinwohnungen und Kleinhäusern nicht schnell befriedigt wird. Möglichst bald nach Inkrafttreten des Gesetzes muß die Gesetzgebung auch dem Bau von Wohnungen für die Minderbemittelten näher treten. Zwei große Ursachen der Wohnungsnot liegen darin, daß das Privatkapital höchst ungern sich der Herstellung von Kleinhäusern für die Minderbemittelten zuwendet und daß die Grundbesitzer in der Regel den Boden erst dann abgeben, wenn der höchstmögliche Preis erreicht ist. Die Wohnungsfrage umfaßt drei große Gebiete: 1. Wohnungspolizei, Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege, 2. Aufteilung des Bodens und Bau der Wohnungen, 3. Bodenpolitik. Diese drei Gebiete lassen sich nicht trennen. Der Staat muß auch dafür sorgen, daß Wohnungen für Minderbemittelte in genügendem Maße und zu solchen Preisen vorhanden sind, welche der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Klasse entsprechen. Die Konsequenz des Entwurfs ist daher auch die Sorge für billigen Baukredit und billiges Land. Für die Bodenpolitik kommt besonders in Betracht ein kräftiges Enteignungsrecht mit Zonenenteignung und Zonenumlegung, die Besteurung des Bodens nach dem gemeinen Wert und die Besteurung des unverdienten Wertzuwachses. Gewiß hat der Entwurf Mängel, aber wenn er zustande kommt, so ist wenigstens der erste Schritt getan. Was helfen alle unsre sozialpolitischen Gesetze, wenn wir nicht für gesunde Wohnungen sorgen? (Sehr wahr!) Diese Wohnungsfürsorge fällt den Einzelstaaten zu, aber auch das Reich darf nicht untätig sein, seine Aufgabe ist es, die Einzelstaaten zum Vorgehen zu veranlassen. Um die geistige und leibliche Not zu heben, muß ernergisch auf der ganzen Linie vorgegangen werden. (Lebh. Beifall.)

Es wird die

gemeinsame Debatte

über das gestrige Referat von Dr. Sinzheimer und über das Referat von Dr. Jäger eröffnet.

Oberbaurat Prof. Baumeister-Karlsruhe empfiehlt die Einführung einer Reichs-Bauordnung. Oberbürgermeister Wagner-Ulm ist der Ansicht, daß die Gemeinden die Hauptträger der Wohnungspolitik sein müssen, sie seien moralisch verpflichtet, der Wohnungsnot zu steuern. Vorbedingung für die Schaffung von Wohnungen sei allerdings eine entsprechende Bodenpolitik, und diese könnte nur von den Gemeinden betrieben werden. Die Stadt Ulm sei bestrebt gewesen, den Grund und Boden in ihre Hände zu bekommen, sie besitze jetzt mehr als ⅔ der Gemarkung der Stadt und habe auch schon in den Vororten Gelände erworben. (Bravo!) In zwölf Jahren habe die Stadt etwa 150 Gebäude erstellt, die mit einer Anzahlung von 10 Prozent verkauft wurden. In jedem dieser Häuser wohne nur eine Familie. Und dabei sitzen fast lauter Hausbesitzer in der Gemeindevertretung. Es gebe also unter den Hausbesitzern auch weiße Raben. Er bitte, den nächsten Wohnungskongreß in Ulm abzuhalten. (Lebhafter Beifall.) Fabrikant Barth-München preist die Vorzüge der Baugenossenschaften, spricht aber die Befürchtung aus, daß es dem Einfluß der Haus- und Grundbesitzer gelingen könnte, den Staat zu einem ähnlichen Vorgehen gegen die Genossenschaften wie gegen die Konsumvereine zu veranlassen.

Prof. Lujo Brentano-München (mit Beifall empfangen) geht auf die Wohnungspolitik Englands ein. Man habe dort Millionen geopfert, aber den Arbeitern damit keine Wohltat erwiesen, denn sie wurden wie gehetztes Wild von einer überfüllten Wohnung in die andre getrieben. Man habe eben verabsäumt, für diejenigen, die durch die Wohnungsinspektionen aus den Wohnungen vertrieben wurden, Unterkunftsräume zu schaffen. Endlich sei man zur Gründung von Ledigenheimen übergegangen, und diese hätten sich glänzend bewährt. Auch in Mailand habe man damit gute Erfolge erzielt. Redner gibt eine anschauliche Schilderung des Ledigenheims in Mailand. Es sei Aufgabe der Gemeinden, sich auf diesem Gebiet zu betätigen und entweder selbst zu bauen oder doch ein Zinsgarantie zu übernehmen. (Lebh. Beif.)

Oberbürgermeister Werner-Kottbus gibt zu, daß die Selbstverwaltungskörper, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher noch nichts zur Inaugurierung einer Wohnungspolitik getan haben. Die Ursache hierfür liege in der Entwicklung der deutschen Städte, die seit 1870 mit Aufgaben überlastet waren, die große Summen erforderlich machten; er erinnere nur an Wasserleitung und Kanalisation. Von schlechtem Willen der Städte könne also nicht die Rede sein. (Beifall.) Im Gegenteil, die Städte hätten Licht und Luft in die entlegensten Winkel gebracht. Im Ausland sei es weit schlimmer. Nicht auf die Institution selbst komme es an, sondern auf den Geist, von dem sie beherrscht wird; deshalb dürfe man nicht in der Weise, wie es geschehen, das Hausbesitzerprivileg verurteilen. (Sehr wahr!) Den Gedanken der Reichsbauordnung akzeptiere er nur, soweit sie sich auf das Unerläßliche beschränkt. Aber wie stehe es mit der finanziellen Beteiligung des Reichs? Er halte nichts von den Behörden, die ihr Wohlwollen immer nur in schönen Worten dokumentieren. (Sehr gut!) Der preußische Staat rühme sich jetzt einer „Tat", er habe einen Entwurf veröffentlicht. Im Jahre 1850 habe der Staat das gesamte von den Gemeinden in Erbpacht vergebene Land in Privateigentum verwandelt, und seine Aufsicht habe nicht verhindert, daß die Gemeinden weiter Land veräußerten und Gaswerke, Elektrizitätswerke u. dgl. der Privatindustrie auslieferten. Ja, die Regierung habe sich in solchen Fällen sogar sehr freundlich zu den Gesellschaften gestellt. (Lebh. Beifall.) Der Staat mißbrauche sein Aufsichtsrecht. Jeder Bürgermeister, der einen Nacken hat, müsse sich dem widersetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Regierungen ließen sich zeitweise von gewissen Mode-Ideen beherrschen, er erinnere nur an einen gewissen Herrn Scherl. (Sehr gut!) Schaffen wir erst mal eine Selbstverwaltung! Auf den wichtigsten Gebieten haben wir sie ja überhaupt noch nicht. (Sehr richtig!) Die Zwangseingemeindungsmacht stehe nur auf dem Papier, die Gesetze würden auf dem Wege der Verwaltungspraxis rückwärts revidiert. Sehr notwendig sei eine Erweiterung des Enteignungsrechts der Gemeinden. (Sehr richtig!) Das Prozeßverfahren in Enteignungssachen bedürfe dringend einer Aenderung. Redner geht nunmehr zu einer Kritik des preußischen Wohnungsgesetz-Entwurfs über und bemängelt namentlich, daß an große und kleine Gemeinden verschiedene Mindestanforderungen bezüglich der Wohnungsordnungen gestellt werden. Auf dem Lande sei eine Wohnungsaufsicht ebenso nötig wie in der Stadt. Gestern hätten sich hier in Frankfurt die Vertreter von 50 preußischen Städten mit 10- bis 50 000 Einwohnern auf folgende Resolution geeinigt: „Die anläßlich des ersten allgemeinen deutschen Wohnungskongresses in Frankfurt a. M. aus allen Teilen der preußischen Monarchie versammelten Vertreter von 50 Städten mit 10- bis 50 000 Einwohnern begrüßen den Versuch der preußischen Staatsregierung, die Wohnungsfrage auf gesetzlichem Wege ihrer Lösung näher zu bringen, mit Freuden, erachten aber den veröffentlichten Entwurf eines Wohnungsgesetzes in wichtigen Punkten noch für so abänderungsbedürftig, daß sie dessen Annahme nicht empfehlen können, und behalten sich die Begründung dieser Stellungnahme der Staatsregierung gegenüber vor." Er bitte, seine Ausführungen wohlwollend zu beurteilen, eingedenk des Wortes: Nicht mitzuhassen, mitzulieben sind wir da! (Lebhafter Beifall!) Montague Harris schildert die praktischen Erfolge der englischen Gartenstadt-Gesellschaft. Schirrmeister-Oranienburg empfiehlt die Gartenstadt als Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage.

Die Redezeit wird auf 5 Minuten beschränkt.

Paul Kampffmeyer-Berlin übt Kritik an der „skrupellosen Bodenwucherpolitik", die der preußische Staat nach dem Urteil des Oberbürgermeister Zweigert getrieben habe. Der Gesetzentwurf sei schlecht, und der preußische Landtag werde ihn voraussichtlich noch verschlechtern. Der Entwurf mache vor den „Herren mit den geflickten Strohdächern" Halt. Und das trotz der Erhebungen protestantischer Geistlichen, die beweisen, wie jammervoll die Wohnungen auf dem Lande sind. Unsre Einrichtungen in Preußen seien vermodert (Unruhe), sie müßten umgewandelt werden. Wie einst in England, so müßte heute auch bei uns der Ruf erschallen: Die Massen gegen die Klassen! Derjenige, der diesen Ruf erheben, würde allerdings nicht neben dem Grafen Bülow sitzen. (Ruf: Neben Singer!)

Oberbürgermeister Körte-Königsberg nimmt die Selbstverwaltungskörper gegen den Vorwurf der Untätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungspolitik in Schutz. Die Selbstverwaltung sei nichts Ueberlebtes; wo ein gesunder Gemeinsinn lebt und wo eine zielbewußte Leitung vorhanden sei, da werde stets das Wohl der Gesamtheit über dem des einzelnen stehen, und da könne auch von einer unheilvollen Wirkung des Hausbesitzerprivilegs keine Rede sein. (Sehr wahr!) Heute hindere die Regierung vielfach die Gemeinden, eine gesunde Bodenpolitik zu treiben. (Beifall.)

Frau Lili Braun-Berlin bemängelt die Vorschriften des Gesetzentwurfs über die Wohnräume für Dienstboten. Der vorgeschriebene Luftraum sei geringer als der für Gefangene (Hört, hört!), die Bestimmung bedeute eine Sanktionierung der Hängeböden. Die Dienstboten müßten einen Raum haben, wo sie sich nach des Tages Mühe und Lasten aufhalten können. Die Wohnungsinspektion dürfe nicht von dem preußischen Mädchen für alles, der Polizei, sondern von Hygienikern und Frauen ausgeübt werden. (Sehr richtig!) Die Frauen hätten am meisten unter dem Wohnungselend zu leiden. Zu wirklichen Reformen auf dem Gebiete der Wohnungspolitik werde man nur durch Beseitigung des preußischen Wahlunrechts (Oho!) kommen. Das allgemeine Wahlrecht müsse auch den Frauen zugestanden werden. (Beifall und Widerspruch.) Besser wäre es, wenn an Stelle der Hausbesitzer im praktischen Leben stehende Frauen in größerer Anzahl den Kongreß besucht hätten. (Lebhafter Beifall.)

Frau Henriette Fürth weist auf das Mißverhältnis zwischen Mietshöhe, Einkommen und Kinderzahl hin. Kinderreiche Familien könnten nicht nur sehr schwer Wohnungen finden, sie müßten diese auch teurer bezahlen. 25 bis 30 Prozent des Einkommens

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(31. Fortsetzung.)

„Abends ging ich noch ein bißchen spazieren," schrieb Erbslöh weiter. „Auf den Straßen stauten sich die Menschen förmlich. Jedes dritte Haus ist eine Schankwirtschaft, wüstes Tosen des Orchestrions tönte heraus, Gröhlen einer Tingeltangelsängerin, und wo ich hinsah, erblickte ich das Elend, das seinen Jammer vertrinkt. Liebster Klinghammer, hier ist unmenschlich viel zu tun! Ich bin doch eigentlich ein Optimist, aber diesen Abend sank mir wirklich der Mut. Um mich ein bißchen zu stärken, malte ich mir eine schöne Zukunftshoffnung aus: nämlich, daß über kurz oder lang auch Du hierher kämst, und daß wir dann gemeinsam schanzten. Doch das ist natürlich nur Zukunftsmusik.

Zum Schluß meiner langen Epistel möchte ich noch die herzliche und dringende Bitte aussprechen, daß Ihr beide uns recht bald besucht. Am besten macht Ihr Euch gleich Dienstag auf den Weg, dann treffen wir gleichzeitig zu Hause ein. Luise würde sich herzlich freuen, Deine verehrte Braut kennen zu lernen. Also wenn ich keine Absage erhalte, nehme ich an, daß Ihr kommt. — — —."

Nachdem Marianne diesen Brief aufmerksam gelesen hatte, meinte sie:

„Deinen Freund möchte ich kennen lernen."

„Sollen wir ihn besuchen?"

„Ich bin dabei."

Sie war nicht nur neugierig auf Walter Erbslöh selbst, sondern wünschte auch dessen Frau kennen zu lernen und überhaupt einen Blick in ein Pfarrhaus zu tun. Wenn sie sich als zukünftige Pfarrersfrau dachte, so fühlte sie sich jedesmal etwas zaghaft, ob sie dieser schweren und, wie sie dachte, ziemlich undankbaren Rolle auch gewachsen sei. Sie hatte von den Pfarrersfrauen nur die landläufige und oberflächliche Vorstellung. Es verschaffte ihr schon einige Beruhigung, als sie erfuhr, daß Erbslöhs in ihrer achtjährigen Ehe nur drei Kinder bekommen hatten. Dienstag in der Frühe machten sie sich also auf den Weg. Altendorf lag nur zwei Stunden weit entfernt, aber wegen Mariannes Gepäck nahmen sie einen Wagen. Sobald einmal die letzten Häuser hinter ihnen lagen, wurde Daniel sehr vergnügt, gerade als wenn die Stadt schuld wäre an seinem gedrückten und verschlossenen Wesen. Als nach einer Weile die Chaussee bergan führte, stiegen die beiden aus und schlugen einen näheren Feldweg ein. Der alte Bauer, der neben seinen Gäulen herstapfte, bemerkte, wie Daniel mit seiner Braut hinter einer die Koppel abgrenzenden Schlehdornhecke verschwand, und dachte bei sich, daß die Leute wirklich recht hätten, wenn sie den Pfarrer für einen ganz verfluchten Heuchler hielten. — —

Ein kleines Ding von Dienstmädchen öffnete ihnen die Tür und sagte, die Frau Pfarrer säße im Garten, der Herr Pfarrer hätte telegraphiert, er käme erst mit dem Mittagszug. Frau Erbslöh, die kurzsichtig war, erkannte die Kommenden nicht gleich. Sie hatte eine große irdene Schüssel im Schoß und eine andre auf der Erde neben sich stehen, in die sie geschälte Birnen warf. Sobald sie Daniels Stimme hörte, stand sie lebhaft auf und schüttelte den beiden herzlich die Hand.

„Das ist recht, daß Sie sich verlobt haben!" wandte sie sich lachend an Daniel. „Ich habe meinem Alten immer gesagt, der Klinghammer braucht eine Frau, die ihn in Schwung bringt."

Während die beiden auf einer Gartenbank unter dem Birnbaum Platz nahmen, ging sie ins Haus und kam nach einer kleinen Weile mit einer großen Schüssel voll Butterbröten wieder.

„Das Frühstück habe ich eigentlich für Walter hergerichtet."

„Und nun sollen wir's ihm auffessen?"

„Schadet nichts. Langen Sie nur zu. Warum läßt er mich sitzen?"

„Ich habe auch einen Bärenhunger," sagte Marianne, indem sie in ein großes, mit Mettwurst belegtes Brot biß.

„Wie kann man als Braut so unpoetische Gefühle haben!" meinte Daniel und biß ebenfalls tapfer in sein Butterbrot.

„J, „wer Appetit hat, soll essen", steht geschrieben. Ein barmherziger Mann tut seinem Leibe Gutes," sagte Frau Luise. „Lassen Sie sich nur von dem nichts weismachen. Mein Alter ist auch so. Er gönnt sich nichts und möchte am liebsten, daß ich auch von der Luft lebe. Na, überhaupt die Pastoren —"

Sie hatte Bier eingeschenkt, und alle drei tranken nun auf die zukünftige Frau Amtsschwester. Dann wurden die Kinder vorgeführt: der siebenjährige Walter mit den treuherzigen Zügen seines Vaters, Anneliese, ein dralles, niedliches Ding von fünf Jahren, und dann noch ein kleines Amphibium, das im Steckkissen getragen wurde, von dem man noch nicht recht was erkennen konnte, von dem aber die Mutter verriet, daß es einst ein Knabe werden und dann auf den Namen Johannes hören würde. Frau Erbslöh war eine auffallend hübsche Frau: ein rundes Köpfchen mit zierlich gemeißelter Nase, glänzende Rehaugen und braune, einfach gescheitelte Haarwellen. Sie war armer Leute Kind. Aufgewachsen im Dämmerlicht eines nur von den Strahlen der Wasserlinse erhellten Schusterkellers, hatte ihr Gesicht die reinen, fast zu zarten Farben ihrer Kindheit bewahrt. Im übrigen war sie eine kräftige, gesunde Frau. Ihre Anmut und das herzlich Gütige ihres Wesens milderten ihre oft ziemlich derbe Ausdrucksweise. Marianne fühlte sich gleich zu ihr hingezogen, und der muntere Ton ließ sie ahnen, daß es dieser Frau wenig darauf ankam, sich mit pastörlicher Würde zu umgeben.

Es wurde beschlossen, daß Daniel seinen Freund von der Bahn abholen sollte, während die Damen zu Hause bleiben wollten. Beim Hinausbegleiten blieb Frau Luise vor Mariannes Koffer stehen und fragte:

„Herrjeh, das ist doch nicht Walters Gepäck?"

„Nein, aber meins."

„Ihrs?"

„Ja, Frau Luise, meine Braut will eine Woche bei Ihnen bleiben. Wissen Sie das nicht?"

„Keine Ahnung."

Doch als sie die Verlegenheit der beiden bemerkte, brach sie gleich in ein vergnügtes Lachen aus.

„J, nur zu! Wenn Sie mit unserm Fremdenzimmer vorlieb nehmen wollen. Ihr Schatz hat sich immer übers Bett beklagt. Aber ich denke, für Sie wird's schon lang genug sein."

„Stör' ich Sie auch nicht?"

„Gott bewahre, ich laß mich einfach nicht stören."

Sie ergriff lachend Mariannes Hand:

„Seien Sie man nicht böse! Ich war im ersten Augenblick wirklich perplex, weil ich doch keine Ahnung hatte. Mein Alter ist ja köstlich, lädt sich Besuch ein und schreibt mir nichts davon."

(Fortsetzung folgt.)

müßten oft für Miete ausgegeben werden. (Lebhafter Widerspruch der Vertreter der Hausbesitzervereine.) Rednerin weist ferner auf die Gefahren des Schlafgängerwesens hin. Auf weitere Fragen einzugehen, ist ihr nicht möglich, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Justizrat Baumert-Spandau verlangt die Schaffung von Rentenbanken zur Ablösung der [illegible] durch die Regierung. Arbeiter-Sekretär Behrens-Berlin wünscht beamtete Wohnungsinspektoren sowie Wohnungsordnungen auch für das flache Land. (Beifall.) Oberbürgermeister Dr. Lentze-Barmen gibt zu, daß die Gemeinden bisher auf dem Gebiet des Wohnungswesens noch nicht viel geleistet haben, aber man dürfe nicht vergessen, welche Opfer die Gemeinden auf andern Gebieten der öffentlichen Wohlfahrtspflege und auf dem des Schulwesens haben bringen müssen. Die Vorwürfe gegen die Hausbesitzer halte er für unbegründet. Die Gesetzgebung müsse so abgeändert werden, daß den Gemeinden eine vernünftige Wohnungspolitik ermöglicht wird. (Beifall.) Professor Kindermann-Heidelberg hält eine Bekämpfung des Wohnungselends nur für möglich durch ein Zusammenwirken des Reichs, der Einzelstaaten und Kommunen auf der einen, der Bauunternehmer und Baugenossenschaften auf der andern Seite. — Frl. Lüders-Berlin und Frau Edinger-Frankfurt a. M. wünschen die Hinzuziehung von Frauen zur Wohnungsinspektion.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

In seinem Schlußwort bezeichnet Dr. Singheimer die Ausführungen des Oberbürgermeisters Werner, daß die Kommunen mit andern sozialpolitischen Aufgaben überlastet seien, als faule Ausrede. Es erhebt sich ein ohrenbetäubender Lärm, der wohl 5 Minuten andauert. Man hört neben fortgesetzten Schluß!-Rufen Rufe wie „Unverschämtheit!", „Frechheit!", „Skandal!" Erst als der Referent die Versammlung wegen seiner „Entgleisung" um Entschuldigung gebeten hat, kann er seine Rede zu Ende führen. Als er von „Vermoderten Kommunalkörpern" spricht, setzt der Lärm von neuem ein. Redner spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Bewegung zugunsten der Wohnungsreform nicht eher ruhen wird, als bis das Reich seine Pflicht erfüllt hat. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der dritte und letzte Hauptgegenstand:

Wohnungserstellung und Kapitalbeschaffung.

Landrat a. D. Dr. Heydweiller-Denzerhaide bei Ems erstattet das zusammenfassende Hauptreferat. Der gewerbliche sowie auch der gemeinnützige Wohnungsbau haben dem Bedürfnis nach Wohnungen nicht Genüge getan. Die Wohnungsreform muß daher unter Ausschaltung der ungesunden Unternehmung und der Spekulation den Begriff der Gemeinnützigkeit und damit der Unterstützungsberechtigung durch die Allgemeinheit auf die gewerbliche Bauunternehmung ausdehnen. Unter den Grundsätzen, nach denen die Gelder gegeben werden sollen, sei erwähnt der Grundsatz, daß örtliche, nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze zu bildende Kommissionen die Bedürfnisfrage, den Voranschlag und die Abrechnung zu prüfen haben. Zur Beschaffung der Kapitalien empfiehlt Redner nach dem Muster von Hessen-Darmstadt privilegierte Hypothekenbanken, etwa für den Umfang einer preußischen Provinz.

Im Anschluß hieran wurden einige wichtige Reformversuche und

Projekte in Einzeldarstellungen

erörtert. Landesrat Dr. Liebrecht-Hannover sprach über „Die Landesversicherungsanstalten und das Reichsvorgehen", Generalsekretär Dr. Grunenberg-Düsseldorf über „Städtische Baubanken und Gemeindegarantie für zweite Hypothek", Reg.-Rat Dr. Seidel-Wiesbaden über „Gemeinnützige Bau- und Hypothekenbanken auf Grundlage der Selbsthilfe", Landesrat Passarge-Königsberg i. Pr. über „Die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen durch die Landesversicherungsanstalt Ostpreußen". Die Forderung von Liebrecht geht darauf hinaus, daß die Einrichtung der Landesversicherungsanstalten zu Mittelpunkten des Kleinwohnungsbaues werden soll, und zwar soll durch Reichsgesetz den Landesversicherungsanstalten diese Aufgabe zur Pflicht gemacht werden. Das Geld hätte das Reich zu beschaffen, indem es den Versicherungsanstalten Reichsanleihescheine in natura leiht mit der Bestimmung, alljährlich einen der gesetzlichen Tilgungsquote der Reichsschulden entsprechenden Teil in natura zurückzuliefern, inzwischen aber die zur Verzinsung der geliehenen Papiere erforderlichen Summen an das Reich abzuliefern. Dr. Grunenberg bezeichnete es als Aufgabe der Gemeinden, nach dem Umfang des Bedürfnisses und nach ihrem finanziellen Können sowohl den gemeinnützigen, als auch den erwerbsmäßigen Bauunternehmungen die für die Erstellung von Kleinwohnungen nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zwecke sollen Gemeindebanken bezw. Banken größerer Kommunalverbände gebildet werden. Die Ausführungen von Dr. Seidel gipfeln in folgendem Satz: Der Betrieb einer gemeinnützigen Bau- und Hypothekenbank, welche sich lediglich auf die Gewährung erster Hypotheken beschränkt, ist mit reiner Selbsthilfe durchführbar. Will die Bank aber ihren Geschäftskreis auf zweite Hypotheken ausdehnen, so bedarf sie der Garantie einer öffentlich-rechtlichen Korporation, welche in erster Linie von der Landesversicherungsanstalt anzustreben ist.

Mit Rücksicht auf eine gestern gefallene Bemerkung erklärt Direktor Dr. Sarazin vom Reichsversicherungsamt, daß eine Entscheidung, wonach Darlehen auf Erbbaurecht nicht als mündelsicher anzusehen seien, niemals ergangen ist. Nur in einem konkreten Falle sei die Mündelsicherheit als nicht vorhanden angesehen worden.

Wegen der vorgerückten Zeit nimmt der Kongreß heute von einer Diskussion über die Referate, die sich auf die Frage der Kapitalbeschaffung beziehen, Abstand. Diejenigen Teilnehmer, die sich hierfür interessieren, finden sich am Mittwoch zu einer Sonderbesprechung zusammen, die übrigen Teilnehmer besichtigen gruppenweise die Wohlfahrtseinrichtungen Frankfurts.

Mit der Einberufung eines zweiten Kongresses wird der Vorstand des Organisationsausschusses in Verbindung mit dem Ausschuß des Vereins Reichswohngesetz beauftragt.

Schluß.

Den Abschluß des Kongresses bildete eine öffentliche Volksversammlung. Es sprachen Dr. Franz Oppenheimer-Berlin und Prof. Dr. Neißer-Frankfurt a. M. über „Wohnungsfrage und Volkskrankheiten", J. Gonser-Berlin über „Wohnungsfrage und Alkoholismus", Pater Dalmatius und Pfarrer Dr. Naumann über „Wohnungsfrage und Familie". —

Soziales.

Ein Trambahn-Boykott in München. Die Münchner Stadtväter haben mit geringer Mehrheit eine Erhöhung des Trambahntarifs beschlossen. Dieser ist am Sonntag in Kraft getreten, gleichzeitig mit ihm aber auch ein Boykott der Trambahn. Unsre Parteigenossen hatten schon in aller Frühe ein Flugblatt in 150 000 Exemplaren in der ganzen Stadt verbreitet, das die Einwohnerschaft zur Abwehr aufforderte. An den Häusern, in den öffentlichen Lokalen klebten überall farbige Zettel mit der Aufschrift: Boykottiert die Trambahn! Der Erfolg hat alle Erwartungen übertroffen. Seit einem Jahr ist ja ohnehin die Trambahn an den Sonntagen boykottiert, und es war deshalb kaum zu erwarten, daß an diesem Tage die Frequenz noch mehr abnehmen würde. Dazu hatte sich ein herrliches Wetter eingestellt, das alles ins Freie lockte. Es war Kirchweihsonntag, Herbstdult und außerdem fand noch ein Pferderennen statt, also eine Häufung von Umständen, die in andern Jahren bewirkt hätte, daß die Trambahn den Verkehr nicht bewältigen konnte. Diesmal sah es aber ganz anders aus: die [illegible] Wagen mußten halb und ganz leer durch die Straßen fahren. Zwar wiesen einige Strecken um die Mittagszeit und abends nach Schluß der Theater eine halbwegs passable Frequenz auf, aber das war auch alles und konnte natürlich nicht das Kraut fett machen. Wer sonst noch fuhr, der machte sicherlich nur eine Zehnerltour, so daß die Trambahndirektion und die Stadtverwaltung sich jedenfalls gründlich verrechnet haben; statt einer Mehr- ist sicherlich eine bedeutende Mindereinnahme erzielt worden. Auch am Montag zeigte sich überall eine wesentliche Frequenzminderung, und wenn das Publikum den Boykott nur mit einiger Konsequenz durchführt, werden die weisen Stadtväter bald einsehen, daß sie sich nicht nur einen dummen, sondern auch einen kostspieligen Scherz geleistet haben. Und zu allem Ueberfluß finden im kommenden Jahre auch noch Gemeindewahlen statt. Es wird natürlich dafür gesorgt werden, daß die Bürgerschaft die Taten der jetzigen Rathausmajorität bis dahin nicht vergißt.

ac. **Der Zehnstundentag in Frankreich.** Durch das Gesetz vom März 1900 wurde bekanntlich für alle Betriebe, in denen Frauen oder jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren tätig sind, zunächst der Elfstundentag, nach zwei Jahren die zehneinhalbstündige, nach weiteren zwei Jahren die zehnstündige Arbeitszeit für das ganze Betriebspersonal festgesetzt. Es ist naturgemäß von hohem Interesse, zu erfahren, wie sich diese Reform eingelebt hat. Aus dem Fabrikinspektorenbericht für das Jahr 1903 ersehen wir, daß der Widerstand der Unternehmer gegen dieses Gesetz noch durchaus nicht gebrochen ist. Viele suchten durch Petitionen, die sie die Arbeiter unterzeichnen ließen, gegen das Gesetz zu arbeiten. Andre suchten dem Gesetz zu entgehen, indem sie die erwachsenen Männer in gesonderten Betrieben unterbrachten; in solchen Fällen sind die erwachsenen männlichen Arbeiter keinerlei gesetzlichen Beschränkungen in der Arbeitszeit unterworfen. Eine große Anzahl Betriebe aber entließ die Frauen und die jugendlichen Arbeiter, um die Arbeitszeit beliebig ausdehnen zu können. So fiel nach den Berichten der Gewerbe-Inspektoren die Zahl der unter das Gesetz von 1900 fallenden Betriebe um 1329, wogegen die Zahl derjenigen Betriebe, in denen nur erwachsene Männer arbeiten, sich um 1830 vermehrten. Das Gesetz hat also dazu beigetragen, die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken einzuschränken. Man wird aber nicht fehlgehen in der Annahme, daß infolgedessen Frauen und Kinder in der Hausindustrie desto mehr beschäftigt und ungebührlich ausgebeutet werden. Die Gesetzgebung hat sich darum nicht auf die Fabrik zu beschränken, sondern muß ausgedehnt werden auch auf die Heimarbeit.

Die Zahl der den Fabrikinspektoren unterstellten Betriebe wurde durch das Gesetz von 1903, durch welches die Bestimmungen betreffend die Hygiene und die Sicherheit der Arbeiter (sanitäre und Unfallverhütungs-Vorschriften) auf die Betriebe der Nahrungsmittel-Industrie ausgedehnt wurden, bedeutend erhöht. Sie stieg von 322 000 auf 529 000. Davon wurden im Jahre 1903 von den Inspektoren 146 137 Betriebe wenigstens einmal besucht, gegen 127 364 im Jahre 1902. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. Oktober 1904.

Albert Schmidts Leichenbegängnis.

Draußen vor der Wilhelmstadt, zwischen den vielen, die ungenannt und unbekannt des Lebens Pfade durchmessen haben, ruht seit gestern Albert Schmidt. In heimatlicher Erde. Hier war er geboren, hier verbrachte er seine Jugend und hier wirkte er als reifer Mann. Kurz war seine Tätigkeit in Magdeburg, gemessen an der Zahl der Jahre, die sonst ein Menschenleben beansprucht, aber ereignisreich und bedeutungsvoll. Für Albert Schmidt und für die, deren Führer und Mitarbeiter er war. Wer es nicht so schon gewußt hätte der konnte es gestern sehen, als die Magdeburger Arbeiter dem Genossen Albert Schmidt die letzte Ehre erwiesen.

Zu Tausenden strömten die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes hinaus zum Westfriedhof; zu Fuß, per Straßenbahn, per Wagen, viele von ihnen mit großen Kränzen beladen, deren rote Schleifen verkündeten, daß die letzte Ehre einem Manne erwiesen wurde, der unter dem Banner der Menschenliebe gefochten und dem dafür auch die Liebe und Verehrung jener, für die er kämpfte, zuteil wurde. Sichtbare Zeichen dieser Liebe wurden Albert Schmidt schon bei Lebzeiten entgegengebracht, aber all das war nichts gegen die Liebeszeichen, die man dem Toten widmete. Er wird der Magdeburger Arbeiterschaft unvergeßlich sein.

Die Trauerfeier in der Kapelle.

Bereits um 1½ Uhr war die geräumige Kapelle gefüllt von Leidtragenden. Nachdem die vielen Korporationen und Deputationen ihre zum Teil prachtvollen Kranzspenden vor dem aufgebahrten Sarg niedergelegt und die eingetroffenen Hinterbliebenen des Verstorbenen, mit Ausnahme des greisen Vaters, vor dem Katafalk Platz genommen, ließen die auf der Estrade versammelten Sänger unter Leitung des Kapellmeisters Kilian das Lied „Frei sind die Toten" erschallen. Ergreifend durchbrausten die Akkorde den weiten Raum, in dem von Zeit zu Zeit ein lautes Schluchzen aus der großen Menge der Leidtragenden ertönte. Als der Sängerchor geendet, nahm Herr Prediger Dr. Kramer am Kopfende des prächtig geschmückten Sarges Aufstellung und widmete dem Verblichenen folgende zu Herzen gehenden Worte:

Ausgelitten, ausgestritten! So also kehrst du zurück, um in heimischer Erde bestattet zu werden. Anders ist er zurückgekehrt als wie wir es uns gedacht. Hier in der Heimat, wo ihn tausend Fäden und Erinnerungen mit verknüpften, hier also sollst du deine Ruhe finden! — Hier liegst du nun, du Kämpfer und Streiter! — Der beredte Mund, der so oft zu Hunderten und Tausenden in glühender Beredsamkeit sich öffnete, er ist verstummt! Die Lippen, an denen so oft die Arbeiter hingen, die zu den Füßen des Verstorbenen in den Versammlungen saßen, öffnen sich nicht mehr! Das Herz, das stets in Wärme für sein Volk schlug, es ist still; es hat seine Ruhe gefunden! Jäh bist du in einer Weise aus unsrer Mitte gerissen, wie wir es nie gedacht, nie für möglich gehalten hätten! Welch ein furchtbarer Schlag für die hinterbliebene Witwe, die Kinder und den greisen Vater. Schon einmal wurdest du ihnen und uns entrissen, als du vor gar nicht langer Zeit auf 3 Jahre in den Kerker mußtest. Da hatten die Deinen aber wenigstens die Hoffnung, dich wieder zu sehen. Damals hatten sie wenigstens die Aussicht, dich nach Ablauf der langen Kerkerhaft in ihre Arme schließen zu können. Es war eine schwere Zeit für die Familie, als das harte Urteil, das überall den größten Schrecken erregte, gesprochen wurde. Du hast es ausgehalten. Die Witwe von heute war auch schon damals Witwe. Die Waisen von heute waren auch damals verwaist. Die Gattin und Kinder erhielten aber damals ihren Gatten und Vater zurück. Heute aber rufen ihn alle Tränen nicht mehr zurück. Gekämpft, gestritten und gelitten. Sein Leben war ein Schlachtengang! Wie oft hat die Sorge um das tägliche Brot an seiner Tür gepocht? Von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte gejagt und gehetzt und alles im Dienst der Menschheit. Seine Gattin und seine Kinder haben all die Unbill ehrlich mit ihm geteilt.

Ja! Es ist schwer, für Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen und zu streiten. Er hat dafür gekämpft und hat dafür die Opfer gebracht, die diese Gesellschaft denen auferlegt, die an ihrer Verbesserung arbeiten. Den vielen Hunderten, die heute hier erschienen sind, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen, brauche ich nicht zu sagen, was Albert Schmidt ihnen gewesen. Sie wissen es; besonders die, die mit ihm in Reih' und Glied gestanden, mit ihm gekämpft, ihn begleitet haben und mit hinausgezogen sind zu kämpfen und andre für die hohe Sache des Volkes zu begeistern. Wer wollte leugnen, daß trotz aller Unbill, die Albert Schmidt erlitten, er doch eine innere Genugtuung gehabt hat. Eine Genugtuung, die nicht mit Geld aufgewogen werden kann. Ihm ist ein andrer Lohn zuteil geworden.

Wie hätte er aushalten können in diesen Kämpfen, wenn ihm nicht eine felsenfeste Ueberzeugung innegewohnt hätte. Und doch ist er schließlich zusammengebrochen in diesen fortwährenden Kämpfen. Wer ist hier, der ihm das zum Vorwurf machen will?

Niemand! Die Dankbarkeit, mit der seine von fern und nah herbeigeeilten Mitstreiter an dem Verstorbenen hängen, ist nicht im geringsten durch diese Vorkommnisse erschüttert worden, das beweisen die vielen Blumen und Kränze, die man Albert Schmidt gespendet. Das Andenken an ihn wird sowenig in den Herzen der Witwe und seiner Kinder erlöschen, wie es bei den vielen Hunderten und Tausenden nicht erlöschen wird, die dem Toten heute die letzte Ehrung erweisen.

Ausgelitten, ausgestritten! Ruhe sanft!

Die Bestattung.

Nachdem Herr Dr. Kramer geendet, walteten die Träger ihres Amtes. Als der über und über mit Kränzen geschmückte Sarg am Grabe ankam, weihten ihm die Sänger zwei Strophen des Liedes „Ein Sohn des Volkes wollt' er sein". Dann richtete Herr Dr. Kramer noch eine kurze Ansprache an die Leidtragenden, in der die Verdienste des Verstorbenen, des Soldaten, der mit Wort und Schrift für Glück, Frieden und Gerechtigkeit kämpfte, gewürdigt wurden. Mit Worten des Trostes an die Hinterbliebenen endigte die kurze Rede; dann noch der letzte Erinnerungsgruß und Sand und Erde bedeckten den Sarg. Albert Schmidt war bestattet.

Leise verklang der letzte Vers des Liedes vom „Sohn des Volkes" über der lautlos in tiefer Rührung verharrenden Menge. Dann traten die Deputationen mit ihren Kränzen an das Grab und legten sie nieder, dem Verstorbenen einen letzten Gruß dabei widmend. Genosse Pfannkuch eröffnete die Reihe. Im Namen des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands schmückte er den Hügel mit dem letzten Liebeszeichen. Molkenbuhr vertrat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, außerdem waren Deputationen aus Bielefeld, Chemnitz, Leipzig, Limbach-Mittweida, Halberstadt, Wanzleben und aus allen größeren Orten des Wahlkreises Calbe-Aschersleben, der auch seine Parteileitung entsandt hatte, vertreten. Dazu kamen die zahllosen Deputationen der Magdeburger Parteiinstanzen, der Gewerkschaften und einzelner Fabriken. Ein Kranz nach dem andern wurde auf den frischen Grabhügel niedergelegt und bald bedeckte ihn ein Berg von Blumen, Blättern und Palmwedeln, aus denen die roten Schleifen hervorleuchteten.

Die Kranzspenden.

Es wird uns kaum gelungen sein, alle Kränze zu zählen und festzustellen, woher sie kamen. Dazu war ihre Zahl zu groß. Soweit uns eine Feststellung gelang, haben Kränze mit entsprechenden Widmungen gespendet:

Der Parteivorstand. Die Reichstagsfraktion. Der 15. sächsische Wahlkreis, dessen Kranz die Inschrift trug: „Ihrem ehemaligen Reichstagsabgeordneten." Der Textilarbeiterverband: „Seinem langjährigen Mitarbeiter." Die Redaktion der „Volksstimme" in Chemnitz: „Dem Mitbegründer und Redakteur der „Volksstimme"; In dankbarer Erinnerung." Das Agitationskomitee des XII. und XIII. sächsischen Wahlkreises: „Dem unerschrockenen Kämpfer für Wahrheit und Recht." Aus Bielefeld und Umgegend hatten Kränze gespendet: Der Sozialdemokratische Verein, die Arbeiter der Firma Lehmann, die Tischlerei von Baer u. Rempel, die Brauereiarbeiter und Berufsgenossen, die Nähmaschinen-Abteilung der Firma Dittkopp u. Co., die Dreherei derselben Firma, die Arbeiter der Firma Hengstenberg, die Bauarbeiter, die Arbeiter der Firma Göricke, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die Handelsgesellschaft und Preßkommission der „Volkswacht", die Arbeiter der Firma Koch u. Co., der Verband der Maurer, Verband der Buchdrucker. Aus der näheren Umgegend von Bielefeld hatten Kränze geschickt: der Arbeiterbildungsverein von Quelle u. Umg., der Arbeiter-Verein von Ummein, der Sozialdemokratische Verein von Brackwede, von Gadderbaum und von Schildesche u. Umg., der Arbeiter-Bildungsverein von Bracke u. Umg., das Agitationskomitee des östlichen Westfalen und der lippischen Fürstentümer. Anhalt I hatte auf seiner Kranzschleife die Inschrift: „Dem unglücklichen Kampfgenossen in treuer Erinnerung." Aus dem Wahlkreise Schmidts waren Deputationen mit Kränzen erschienen: vom Gewerkschaftskartell in Aschersleben und Calbe a. S., den organisierten Metallarbeitern und Holzarbeitern von Schönebeck u. Umg., dem Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter ebenda, den Parteigenossen von Aken und Calbe. Ferner waren vertreten die Parteigenossen von Halberstadt und Wanzleben.

Aus Magdeburg sind zu registrieren: Der Sozialdemokratische Verein, Redaktion und Expedition der „Volksstimme", die Stadtverordneten-Fraktion, die Kolporteure der „Volksstimme", die Buchdrucker der „Volksstimme", die Vereinigung der Ortskrankenkassen, die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, der Verband der Lederarbeiter, der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", die Arbeiter des Konsum-Vereins Neustadt, der Buchdruckerverband, die Bau- und Erdarbeiter von Magdeburg und Umgegend, die Arbeiter der Firma Otto Gruson u. Co., die Porzellanarbeiter Magdeburg-Neustadt, die Tabakarbeiter der Firma Bender u. Co., die Arbeiter der Firma Strube-Buckau, die Sängerschaft, der Verband der Weißgerber, die Kistenfabrik von Schröder, die Arbeiter von Schäffer u. Budenberg, von Röhrig u. König und vom Friedr. Krupp-Grusonwerk, dann die Arbeiter der Maschinenfabrik Bendel-Sudenburg und die der Firma Brenner, der Verband der Handschuhmacher, der Verein der Gast- und Schank-

wirte, das hiesige Gewerkschaftskartell, der Metallarbeiterverband und endlich die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Der Kranz der letzteren trug auf seiner Schleife folgende Inschrift:

Ein Posten ist vakant, die Wunden klaffen!
Der eine fällt, die andern rücken nach,
Doch fielst du unbesiegt, denn deine Waffen
Sind nicht gebrochen, nur dein Herze brach.

*

Bei der Redaktion der „Volksstimme" ist ferner folgendes Telegramm aus Mittweida eingelaufen:

Unserm ehemaligen Mitglied und Abgeordneten, unerschrockenen, tapferen Kämpfer für Freiheit und Recht rufen ein „Habe Dank" in seine stille Gruft nach der Sozialdemokratische Verein von Mittweida und Umgegend. —

*

Ueber die Ueberführung der Leiche nach dem Bahnhof in Brackwede enthält die Bielefelder „Volkswacht" folgenden Bericht: „Trotzdem die Parteigenossen nur sehr ungenügend unterrichtet werden konnten, wann die Ueberführung der Leiche unsres unglücklichen Genossen vom Brackweder Friedhof zum Bahnhof in Brackwede stattfinden würde, hatte sich gestern nachmittag doch ein sehr zahlreiches Trauergefolge eingefunden, um dem unermüdlichen Kämpfer für die Befreiung des Proletariats die letzte Ehre zu erweisen. Um 4¼ Uhr setzte sich der imposante Zug vom Friedhof aus in Bewegung. Vor und hinter dem Leichenwagen wurde eine große Anzahl schöner mit roten Schleifen geschmückter Kränze, gewidmet von den Parteiorganisationen Bielefelds, von den einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen, von Arbeitern verschiedener Fabriken, vom Personal der „Volkswacht" 2c. getragen, sodann folgten die roten Banner des Bielefelder und Schildescher Sozialdemokratischen Vereins, denen sich das Gefolge anschloß. Am Güterbahnhof angelangt, gedachte Genosse Bruno Schumann in kurzen, ergreifenden Worten des Toten, womit die von tiefer Ergriffenheit getragene Trauerfeier ihr Ende erreichte. Heute nachmittag 3 Uhr findet in Magdeburg die Beerdigung statt. Eine Deputation von den Parteigenossen vertritt daselbst die Sozialdemokratie des Wahlkreises Bielefeld-Wiedenbrück." —

Provinz und Umgegend.

Aken, 19. Oktober. Ablehnung der Errichtung der Seifenfabrik.) Wie wir in der „Magdb. Ztg." lesen, wurde vom Kreisausschuß zu Calbe die Genehmigung zur Erbauung einer Seifenfabrik für die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf dem westlich an Aken angrenzenden Gebiete abgelehnt. Unter denen, die gegen die Zuführung der Abwässer in die Elbe Verwahrung eingelegt haben, befand sich auch die Stadt Magdeburg. Eine Würdigung dieses Entscheides wird erst möglich sein, wenn die Begründung vorliegt. —

Aschersleben, 19. Oktober. (Theatervorstellung.) Sonnabend den 22. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltet das Gewerkschaftskartell in Gemeinschaft mit dem Volksverein im „Fürstenhof" seinen ersten Theaterabend. Zur Aufführung gelangt „Die Ehre", Schauspiel in 4 Akten von Sudermann, ausgeführt von den Mitgliedern des hiesigen Stadttheaters. Der Inhalt dieses Theaterstücks ist ein für die arbeitende Klasse sehr interessanter, weshalb der Besuch zu empfehlen ist. Programme im Vorverkauf à 30 Pfg. sind bei Greiner, Staßfurterhöhe, Mikowsky, Hinter dem Turm, sowie bei den Kartelldelegierten zu haben. Der Vorstellung folgt ein Tanzvergnügen.

Burg, 19. Oktober. (Eine unangenehme Ueberraschung) passierte am Montag früh einem hiesigen Parteigenossen. Dem Brauereibesitzer Pfeffer wurden mehrere Zentner Kartoffeln gestohlen. Herr Pfeffer hatte nun nichts eiligeres zu tun, als Haussuchungen vorzunehmen, natürlich im Beisein eines Polizeibeamten, u. a. auch bei einem Genossen, obgleich er wußte, daß dessen Frau schwer krank liegt. Der Keller wurde nachgesehen, aber nichts Verdächtiges gefunden. Kartoffeln, welche schon vier Wochen im Keller liegen, bezeichnete Pfeffer als frisch aus der Erde geholt. Unverständlich erscheint es uns, wie Herr Pfeffer seinen Gewährsmännern derartig Glauben schenken konnte, daß er einen mit Sand beladenen Handwagen mit einem mit Kartoffeln beladenen verwechseln konnte. —

Halberstadt, 19. Oktober. (Gustav Bohse †.) Der Sensenmann hat viel zu tun. Einen nach dem andern mäht der Unerbittliche von der alten Garde dahin. Zu dieser gehörte auch G. Bohse. Ein Feuergeist von Natur, duldete es ihn nicht auf der Scholle, die ihn gebar. Er mußte hinaus in die weite Ferne. So kam es, daß er in England den bunten Rock tragen mußte. Obgleich nur mit Volksschulbildung ausgerüstet, kannte und verstand er alle Klassiker. Infolge dieses Studiums war er Idealist vom Fuße bis zum Scheitel. Als solcher war er immer bereit, für die Partei und die Gewerkschaft (Tabakarbeiter) zu streiten. Obgleich selbst im fortwährenden Kampfe für seine kümmerliche Existenz, hatte er für Hilfsbedürftige immer eine offene Hand. Für Partei und Gewerkschaftsbewegung hatte er stets das Doppelte übrig. Andern immer ein Vorbild, rühmte er sich nie seiner guten Taten. Bei ihm galt noch der Grundsatz: Was die Linke gibt, braucht die Rechte nicht zu wissen. Nun ist er tot. Immer mehr lichten sich die Reihen derjenigen Tabakarbeiter, welche einstmals den Vortrab der deutschen Arbeiterbewegung bildeten. Heute sind sie durch andre Gewerkschaften, die besser die heutige Zeit verstehen, weit überholt. Wenn die Tabakarbeiter sich nicht aufraffen können, andres, besseres Tun in ihre Reihen zu tragen, wird der ganze Beruf einem sicheren Tode geweiht sein wie seine Glieder, wozu auch unser Gustav Bohse gehörte. —

Osterburg, 19. Oktober. (Seltsame Mordgerüchte.) Seit etlichen Tagen hat sich hier das Gerücht verbreitet von einem Morde auf der Neumannschen Ziegelei. Dortselbst ist vor längere Zeit der Ziegler Gustav Gebauer eines Tages spurlos verschwunden gewesen, angeblich sollte er auf Wanderschaft gegangen sein. Jetzt nach etwa dreiviertel Jahren tuschelt man sich nun zu, Gebauer sei in einer Nacht auf dem Hofe der Ziegelei erschossen, beiseite geschafft und im Frühjahr bei Beginn des Brennens im Ziegelofen verbrannt worden. Jedenfalls dürfte die eingeleitete Untersuchung bald Licht in dieses mysteriöse Dunkel bringen. Bereits gestern nachmittag begab sich nach dem „Altmärker" eine Gerichtskommission mit dem Bürgermeister Hilliges und zwei Polizeibeamten an Ort und Stelle. Ob der Verdacht sich bereits gegen eine bestimmte Person richtet, entzieht sich vorläufig noch unsrer Kenntnis. Die Akten sind zunächst der Staatsanwaltschaft in Stendal übergeben worden. —

Schönebeck, 20. Oktober. (Zur Kalenderverbreitung.) Um in Eggersdorf und Eickendorf die Kalenderverbreitung vorzunehmen, waren die Mitglieder des Radfahrervereins „Frisch auf" aufgefordert, am Sonntag den 16. d. M. in der „Tonhalle" zu erscheinen. Leider erschien aber nur der Vorsitzende des Vereins. Die 57 Mitglieder glänzten durch Abwesenheit. Infolgedessen konnte nur Eggersdorf belegt werden. Die Verbreitung in Eickendorf soll am 23. d. M. stattfinden. Eine regere Beteiligung ist erwünscht. —

Völpke, 18. Oktober. (Sonntagsjäger.) Auf der Hühnerjagd schoß der hiesige Landwirt Hoffmeister drei auf dem Felde mit Kartoffelausheben beschäftigte Frauen an und verletzte sie an Gesicht und Armen. Die Verletzten haben Anzeige erstattet. —

Herbst-Kontrollversammlungen für den Kreis Quedlinburg und den Stadtkreis Aschersleben für 1904.

Thale, Hotel zur Forelle, 2. November 1904, vorm. 9 Uhr. Thale a. H.

Daselbst, 2. November 1904, nachm. 3 Uhr. Warnstedt, Neinstedt, Weddersleben, Stecklenberg und Friedrichsbrunn.

Quedlinburg, Schillings Theaterlokal, Marschlingerhof 17-18, 3. November 1904, vorm. 9 Uhr. Jahrgänge 1900, 1901, 1902, 1903 und 1904 aus Quedlinburg und Münchenhof und sämtliche Mannschaften aus Suderode und Westerhausen.

Daselbst, 3. November 1904, nachm. 3 Uhr. Jahrgänge 1897, 1898 und 1899, sowie die nachstehend unter 2 und 3 bezeichneten Landwehrleute aus Quedlinburg und Münchenhof.

Ditfurt, auf dem Anger, 4. November 1904, vorm. 9 Uhr. Ditfurt, Hedersleben und Wedderstedt.

Gatersleben, Hof des Rittmeisters und Rittergutspächters Kricheldorff. 4. November 1904, nachm. 3¼ Uhr. Gatersleben, Nachterstedt, Hausneindorf, Friedrichsaue, Königsaue und Schadeleben.

Aschersleben, Garten des Restaurants zum Kaffeegarten, Lindenstr. Nr. 20, 5. November 1904. vorm. 9 Uhr. Jahrgänge 1897, 1898, 1899 und 1900, sowie die nachstehend unter 2 und 3 bezeichneten Landwehrleute aus Aschersleben.

Daselbst, 5. November 1904, nachm. 3 Uhr. Jahrgänge 1901, 1902, 1903 und 1904 aus Aschersleben und sämtliche Mannschaften aus Westdorf, Wilsleben und Gr.-Schierstedt.

Schneidlingen, vor dem Behrenrothschen Gasthofe, 11. November 1904, vorm. 11 Uhr. Schneidlingen, Cochstedt, Pr.-Börnecke und Winningen.

Zu den Kontrollversammlungen haben zu erscheinen:

1. Sämtliche Waffengattungen und Jahrgänge der Reserve (einschl. Dispositions-Urlauber auf Reklamation und als dienstunbrauchbar entlassene Soldaten), sowie die Halb- und zeitig Ganz-Invaliden der Reserve,
2. diejenigen Mannschaften der Landwehr, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1892 zur Einstellung gelangt sind,
3. diejenigen Landwehrleute, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1894 eingetreten sind und bei der Kavallerie oder reitenden Artillerie 3 Jahre aktiv gedient haben.

Vorstehend unter 2 und 3 aufgeführte Mannschaften der Jahrgänge 1892 und 1891 werden zur Landwehr 2. Aufgebots, die Mannschaften des Jahrganges 1897, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1897 zur Einstellung gelangt sind, zur Landwehr 1. Aufgebots übergeführt.

Die Mannschaften haben sich an den benannten Tagen auf den betreffenden Kontrollplätzen pünktlich zu gestellen, widrigenfalls sie nach Strenge der Gesetze bestraft werden.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß das Erscheinen zu einer andern als der befohlenen Versammlung ebenso wie Versäumnis derselben bestraft wird.

Etwaige Befreiungsgesuche sind rechtzeitig bei dem königl. Haupt-Meldeamt in Aschersleben (Zeughausplatz 4) anzubringen. Wenn ein Mann, welcher von einer Kontroll-Versammlung befreit war, weil er verreisen wollte, am Tage der Kontroll-Versammlung nicht tatsächlich verreist ist, so muß er der Kontroll-Versammlung doch beiwohnen, da er nur unter dem Vorbehalte der Reise befreit war.

Ersatzreservisten haben den Herbst-Kontroll-Versammlungen nicht beizuwohnen.

Mannschaften der Landwehr 2. Aufgebots werden zu Kontroll-Versammlungen überhaupt nicht herangezogen.

Militär-Papiere müssen zur Stelle sein.

Es wird bei allen Kontroll-Versammlungen eingehend revidiert werden, ob die Taschen in die Pässe eingeklebt sind und die Kriegsbeorderungen oder die Paßnotizen sich in denselben befinden. Den Inhalt der Kriegsbeorderung muß jeder genau kennen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. Oktober 1904.

Verworfene Berufung. Der Arbeiter Friedrich Viering aus Barneberg, geboren 1875, schlug am 10. Juni d. J. auf der Chaussee von Grube „Karoline" nach Etgersleben einen Radfahrer wiederholt mit einem Stocke und wurde daher vom Schöffengericht in Hötensleben am 6. September wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde zurückgenommen. —

Sitzung vom 20. Oktober 1904.

Diebstahl. Der Schreiber Otto Eisener zu Calbe a. S., geboren 1887, war beim Magistrat im Meldeamt beschäftigt. Am 19. August d. J. nahm er Diebeshandwerkzeug mit nach dem Bureau, versteckte sich abends nach Beendigung der Dienststunden im Rathause und versuchte später ein Zimmer zu erbrechen, um Geld zu stehlen. Dabei wurde er gestört und abgefaßt. Die Kammer erkannte wegen versuchten schweren Diebstahls auf 4 Monate Gefängnis. —

Hausfriedensbruch. Der Arbeiter August Krull zu Schönebeck wurde vom Schöffengericht in Groß-Salze am 26. August d. J. wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde verworfen. —

g. **Ein Maurerstreik**, der im Mai d. J. in Aschaffenburg ausgebrochen war, hatte vor dem Würzburger Schwurgericht ein Nachspiel. Bei diesem Streik ließen die Unternehmer von auswärts Arbeitswillige kommen, die sorgfältig in Gewahrsam gehalten wurden, damit sie mit den Streikenden nicht in Berührung kommen könnten. Am 30. Mai hatte der Baumeister Graßmann eine Sendung Streikbrecher bekommen, die er abends nach Feierabend in Begleitung seiner Bauführer in geschlossenem Zuge durch die Stadt nach seiner Wohnung führte, wo sie für die Nacht untergebracht werden sollten. Unterwegs kam es zu einem Zusammenstoß mit der zusammengeströmten Volksmenge, wobei einige Arbeitswillige mit Stöcken geschlagen und zu Boden geworfen wurden, ohne daß ernstere Verletzungen vorkamen, nur der Baumeister Graßmann hatte zwei Tage das Bett zu hüten, woran er jedoch selbst schuld war. Die Sache wurde zu einem verabredeten Komplott und zu einem „wohlvorbereiteten Ueberfall" aufgebauscht und 14 Beteiligte verhaftet und wegen Landfriedensbruchs angeklagt. Das Schwurgericht in Würzburg befaßte sich in dreitägiger Verhandlung mit dieser Sache. Es stellte sich dabei heraus, daß der eigentliche Urheber des Zusammenstoßes der Baumeister Graßmann war, der ungemein provokatorisch auftrat. Er hatte sich am gleichen Tage einen Revolver gekauft, „um das Schießen zu lernen", wie er sagte; bei der Begegnung mit der Menschenansammlung zog er sofort den Revolver, entsicherte ihn und richtete ihn drohend auf die Menge. Man riß ihm die Waffe aus der Hand und warf ihn zu Boden. Darauf folgten dann die weiteren Ausschreitungen. Streikende waren bei dem Vorfall überhaupt nicht beteiligt. Ein als Zeuge vernommener Polizeiwachtmeister mußte selbst zugeben, daß die Führer des Streiks sich stets sehr nobel benommen und darauf bedacht gewesen waren, daß die Ordnung nicht gestört würde. Außerdem wurde festgestellt, daß die Streikenden in jeder Sitzung und Versammlung ermahnt wurden, keine Ausschreitungen gegen die Streikbrecher zu begehen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Landfriedensbruch gegen alle Angeklagten und bejahten nur gegen vier derselben die Frage auf gefährliche Körperverletzung. Ihrer wurde zu 1 Jahr, ein zweiter zu 8 Monaten, zwei zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Dietz; Vertreter der Anklage Kriegsgerichtsrat Kühne.

Magdeburg, 20. Oktober 1904.

Wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe hat sich der Reservist, frühere Kanonier Wilhelm Hoppe 8. Komp. 4. Fuß-Art.-Rgts. zu verantworten. Angeblich um seine kranke Mutter zu besuchen, verließ der Angeklagte am 15. September d. Js., also kurz vor Beendigung seiner aktiven Dienstzeit, die Kaserne, nachdem er sich vorher seine bereits eingetroffenen Zivilsachen verschafft hatte. Seine Uniformstücke hatte H. während seiner Abwesenheit in einer Hecke versteckt. Nach sechstägiger Abwesenheit hat sich H. selbst wieder gestellt. Der Angeklagte ist geständig. Beantragt werden mit Rücksicht auf die Vorstrafen H.s 4 Monate 1 Woche Gefängnis. Das Gericht erkennt auf 3 Monate Gefängnis. —

Vermischte Nachrichten.

* **Kriegslisten im modernen Krieg.** So alt wie der Krieg sind auch die Kriegslisten, die angewandt werden, dem Feinde unvermutet Schaden zu bereiten, und sie haben oft mehr bewirkt, als Tausende tapferer Krieger vollbringen konnten. Auch in dem japanisch-russischen Kriege fehlt es nicht an solchen Kriegslisten, über die ein englisches Blatt folgendes ausführt: Man hat bis jetzt merkwürdig wenig von den Kosaken gehört, und man führt neuerdings ihre Untätigkeit zum Teil auf die reichliche Verwendung von Fußangeln zurück. Die Fußangeln werden vor allem gegen Kavallerie gebraucht. Dieses gefährliche Hindernis besteht in einer eisernen Kugel mit drei scharfen Stiften, die da herausragen. Die Stifte sind so angebracht, daß stets der eine senkrecht hervorragt, wie auch die Fußangel geworfen wird. Ein Pferd, das auf einen Dorn tritt, ist sofort kampfunfähig. Diese Fußangeln sind über Terrains verbreitet, die sich für Reiterbewegungen eignen, und sie erweisen sich gegen Reiterangriffe als äußerst wirksam. Fußangeln können auch gebraucht werden, um ein Lager gegen einen plötzlichen nächtlichen Ueberfall zu schützen. Solche Fußangeln sollen von beiden kämpfenden Parteien verwendet werden, und besonders haben die Kosaken japanische Listen zu fürchten, und zeigen eine für die Japaner sehr nützliche Angst vor Fußangeln, die sich auf ihre Erfahrungen im russisch-türkischen Kriege stützt; sie suchen daher sorgfältig ein unschuldig aussehendes Terrain unmittelbar vor der Front ihrer Feinde zu vermeiden. Oft hört man in den Schlachtberichten auch von den Drahtnetzen und -verhauen, die in den letzten Schlachten mit furchtbarer Wirkung verwendet wurden. Sie halten die vorrückende Infanterie an einem bestimmten Punkte auf, dessen Entfernung genau bekannt ist; sobald die Angreifer an diese Stelle gelangen, sind sie einem dezimierenden Feuer ausgesetzt. Die Drähte sind in einem dicht verschlungenen Gewirr bis zur Brusthöhe gespannt; zur Ueberwindung dieses Hindernisses sind die japanischen Infanterie-Bataillone zwar mit sehr wirksamen Drahtschneidern versehen, aber ehe der Draht zerschnitten ist, ist in der Regel schon ein schreckliches Blutbad unter ihnen angerichtet. Auch mit Schanzgräben haben die Russen viel operiert. In den bei Liaojang geräumten Schanzgräben haben sie ein furchtbares Andenken hinterlassen. Sie hatten Pfähle mit scharfen Spitzen hergerichtet und unter der Leitung ihrer Ingenieure so aufgestellt, daß die vordersten Japaner ihnen nicht entgehen konnten. Die Sieger wurden beim Vordringen in diesen Gräben aufgespießt. Die Russen haben auch vielfach elektrische Landminen und Flattermine untergebracht, und indem sie sich anscheinend schleunigst zurückzogen, lockten sie die verfolgenden Japaner auf den gefährlichen Boden. Die Flattermine wird auf der dem Feinde zugekehrten Seite der Verschanzungen angebracht. Sie ist unter Gras oder Reisig verborgen. In den Gräben dahinter wartet der letzte Russe, bis die Japaner sich anschicken, die Erdwerke zu erklimmen, dann wird die Mine elektrisch zur Explosion gebracht. —

* **Eine Billardpartie von 24 Stunden Dauer** wurde an einem der letzten Tage in einem Pariser Restaurant gespielt. Die beiden Spieler waren zwei junge Franzosen, namens Cohen und Janssaud; der Preis, um den sie spielten, betrug 1000 Frank. Die Partie wurde bei Gaslicht gespielt, was die Augen der Herren sehr anstrengte, aber selbst zum Schluß zeigte keiner besondere Zeichen von Ermüdung. Gespielt wurde auf einem französischen Billard. Eine große Menge, die immer mehr anwuchs, folgte dem Spiel mit großer Anteilnahme. Zwei Masseure und zwei Aerzte waren die ganze Zeit anwesend; ihre Hilfe wurde jedoch nicht in Anspruch genommen. Während der ganzen Zeit nahmen die Spieler nur Fleischextrakt, Kola und Zuckerwasser zu sich. In den letzten Phasen des Spiels stieg die Erregung der Zuschauer auf einen Höhepunkt. Als abends gegen 11 Uhr die letzte Viertelstunde angesagt wurde, waren beide Spieler nur um 18 Points voneinander verschieden. Als es hieß: „Nur noch eine Minute!" stand Janssaud auf 3225 und Cohen auf 3196 Points. Janssaud spielte aber als letzter und kam auf 3238 Points, so daß er seinen Gegner um 42 Points schlug. Die Schrittmesser, die beide Spieler trugen, zeigten an, daß der Sieger 26 Kilometer zurückgelegt hatte, sein Gegner dagegen nur 20 Kilometer. —

Kleine Chronik.

Attentat auf einen Landrat.

Der Landrat des Kreises Kehdingen, Dr. Schmidt-Scharff, auf den am 15. d. M. eine junge Dame ein Revolverattentat verübte, ist in Hamburg seinen Verletzungen erlegen. Die Identität der Dame, die den verhängnisvollen Schuß

auf den Landrat abfeuerte und sich dann selbst erschoß, konnte nunmehr festgestellt werden. Es handelt sich um eine 35-jährige Frau Holstein geb. Hinners aus Hamburg. Die Behauptung des verstorbenen Landrats Dr. Schmidt, die Dame nicht gekannt zu haben, erwies sich als nicht richtig; die Dame ist häufig bei Automobilausfahrten des Landrats mit diesem zusammen gesehen worden. —

Raubmord in Hamburg.

Gestern abend wurde in ihrer Reismühle 19 belegenen Wohnung die 67 Jahre alte Frau Konsul Dürfeld durch Beilhiebe ermordet aufgefunden. Die Tat, die sich als Raubmord charakterisiert, ist, nach dem Befunde zu schließen, bereits am Dienstag begangen worden. —

Arbeiterrisiko.

In Westfeld bei Gelsenkirchen brach ein Anstreichergerüst zusammen. Zwei Lehrlinge erlitten tödliche Verletzungen.

Vom Münchner Brückenbau.

Die neue Brücke bei Grünwald im Isartal, die am 15. Oktober dem Verkehr übergeben werden sollte, mußte gesperrt werden, weil sich am rechten Widerlager der Brücke auf der Grünwalder Seite starke Risse zeigen. Ob die Brücke, bei welcher offenbar Senkungen eingetreten sind, wieder abgetragen werden muß, kann jetzt noch nicht gesagt werden. —

Ein Ehedrama in Bologna.

Ein neuer geheimnisvoller und sensationeller Mord hat sich in Bologna — der Stadt der Murri — zugetragen. Aus Rom wird darüber berichtet: Es war vorgestern morgen, als die Gattin des Hauptmanns Battista, eine kaum dreißigjährige elegante Süd-Italienerin, die Nachbarschaft durch den Schreckensruf alarmierte, der Bursche ihres Mannes habe sich in ihrer Wohnung erschossen. Er sei mit Gewalt ins Schlafzimmer gedrungen, habe die mit der Toilette Beschäftigte erschießen wollen und sich — als es ihr zu entkommen gelang — dann selbst erschossen. Die Sache klang, da man die Leidenschaft des Burschen für seine Herrin kannte (!), soweit ziemlich wahrscheinlich, nur fanden die ärztlichen Sachverständigen heraus, daß der heißblütige Offiziersbursche sich gar nicht selbst erschossen habe, sondern vielmehr von einem Dritten erschossen worden sei. Auch zeigte es sich, daß das Leintuch des Bettes der Dame mit Blut besudelt und von Kugeln zerfetzt war, während der angebliche Selbstmörder zu Füßen des Bettes lag. Daß der Gatte, der Hauptmann, nichts von der ganzen Sache wußte, ist ganz selbstverständlich — einmal, weil Ehemänner von den „Extratouren" ihrer teuren Gattinnen überhaupt nichts zu wissen pflegen, sodann, weil in diesem speziellen Fall der Hauptmann gerade in der Kaserne weilte. Man [illegible] sich nun die Sache etwa so zusammen: Die Hauptmannsfrau — [illegible] sämtlichen Burschen ihres Mannes sehr nett und artig gewesen sein soll (vergleiche Forbach) — befand sich im traulichen Zwiegespräch mit der Ordonnanz, als der „andre" — der eigentliche Liebhaber, vermutlich jener, der den Toilettenluxus der Dame bestreitet — an Ort und Stelle erschien. Nun Auseinanderplatzen zweier Eifersüchtigen und Furcht der Dame wie des „besseren" (das heißt des erstklassigen) Liebhabers, daß der Geliebte zweiter Garnitur in seiner Eifersucht nun alles verraten könnte. Um ihn unschädlich und stumm zu machen, wäre dann der sogenannte „Selbstmord" erfolgt, an den die Aerzte nicht glauben wollen. So wenigstens sucht man sich die Tragödie in Bologna zu erklären. —

Verhängnisvolle Feuersbrunst.

In dem Hause eines Friseurs in der Puddstreet, Brunswick Square (London) brach nachts Feuer aus. Von den schlafenden Bewohnern des Hauses verbrannten sechs Personen; drei wurden schwer verletzt. Eine Familie ist besonders hart geprüft, da der Großvater, die Großmutter, der Sohn und eine Enkelin um das Leben kamen. —

Vereine und Versammlungen.

Bäcker.

Der Verband der Bäcker hielt am Donnerstag den 13. d. M. seine Mitgliederversammlung im „Dreikaiserbund" ab. Vom Kassierer wurde der Kassenbericht vom 3. Quartal vorgelesen und alsdann Decharge erteilt. Vom Kollegen Heeren wurde das Reglement der von den Gewerkschaften Magdeburgs zu errichtenden Sterbekasse vorgelesen und der Eintritt in die Kasse empfohlen. Die Versammlung lehnte das jedoch ab. Es wurden nun Anträge gestellt und ein Protest an die Gaukonferenz in Berlin gerichtet. Sie fanden Annahme. Als Delegierter wurde Kollege Heeren gewählt. —

Vereins-Kalender.

Arb.-Radf.-Bund Solidarität, Verein Magdeb., Abt. „Einigkeit", Neue Neustadt. Jeden Freitag Saalfahren und Zusammenkunft im „Weißen Hirsch", Friedrichsplatz 2. — 78

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer, Filiale Buckau 1. Versammlung Sonntag den 23. Oktober, vorm. 10½ Uhr, im „Thalia". Vortrag des Gewerkschaftssekretärs H. Beims über „Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungs-Gesetz". Zahlreiches Erscheinen notwendig. — 199

Burg. **Zentralverband deutscher Schuhmacher.** Versammlung am Sonnabend den 22. d. M., abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. — 198

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 26,00—36,00. Linsen 28,00—40,00. Eßkartoffeln 7.00—8,00. Richtstroh 4,00—4,50. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 8,00—9,50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,08—1,10, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1,20—1,40, Schweinefleisch 1,20—1,40, Kalbfleisch 1.20 bis 1.40, Hammelfleisch 1,20—1.40. Speck (geräuchert) 1.40—1.60. Eßbutter 2.40—2.70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.80—4.60. —

Wasserstände.

			Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.				
Jungbunzlau	17. Oktbr. — 0.12	18. Oktbr. — 0.12	—	—
Laun	„ — 0.35	„ — 0.38	0.03	—
Budweis	„ —	„ — 0.06	—	—
Prag	„ + 0.16	„ + 0.18	—	0.02
Mulde.				
Dessau Muldebrücke	18. Oktbr. — 0.28	19. Oktbr. — 0.38	0.10	—
Unstrut und Saale.				
Straußfurt	18. Oktbr. + 0.80	19. Oktbr. + 0.80	—	—
Weißenfels Untp.	„ — 0.02	„ — 0.16	0.18	—
Trotha	„ + 1.36	„ + 1.32	0.04	—
Alsleben	„ + 1.08	„ + 1.02	0.06	—
Bernburg	„ + 0.70	„ + 0.67	0.03	—
Calbe Oberpegel	„ + 1.34	„ + 1.34	—	—
Calbe Unterpegel	„ + 0.04	„ + 0.08	—	0.04
Elbe.				
Pardubitz	17. Oktbr. — 0.39	18. Oktbr. — 0.37	—	0.02
Brandeis	„ — 0.38	„ — 0.40	0.02	—
Melnik	„ — 0.63	„ — 0.76	0.13	—
Leitmeritz	„ — 0 49	„ — 0.47	—	0.01
Aussig	18. „ — 0.32	19. „ — 0.35	0.03	—
Dresden	„ — 1.69	„ — 1.71	0.02	—
Torgau	„ — 0.16	„ — 0.10	—	0.06
Wittenberg	„ + 0.88	„ + 0.87	0.01	—
Roßlau	„ + 0.29	„ + 0.29	—	—
Barby	„ + 0.36	„ + 0.42	—	0.06
Schönebeck	„ + 0.27	„ + 0.30	—	0.03
Magdeburg	19. „ + 0.57	20. „ + 0.60	—	0.03
Tangermünde	18. „ + 0.76	19. „ + 0.82	—	0.06
Wittenberge	„ + 0.24	„ + 0.38	—	0.14
Broda-Dömitz	„ — 0.21	„ — 0.19	—	0.02
Lauenburg	„ — 0.11	„ — 0.10	—	0.01

Aussig, 18. Oktober. Von den oberen Plätzen werden 24 cm Fall gemeldet. —

Preß-Kommission! **Freitag** abend 8½ Uhr Sitzung bei Alb. Vater, Knochenhauerufer 27-28. —

Kinder-Strümpfe schwarz, farbig und geringelt empfiehlt **Bazar-Magdeburg** Jakobs- u. Peterstraßen-Ecke. Filialen: Buckau, Thiemstr. 1; Sudenburg, Oberstädterstr. 2; Wilhelmst. 29, Annastraße 2; Neue Neustadt, (J. Brilles) Lübeckerstraße. 940

Uhren jeder Art werden billig u. gut repariert, Taschenuhr reinigen 1 Mk., neue Feder 1 Mk., Glas 25 Pf. Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie. Neue Uhren zu Spottpreisen. **Merker**, Uhrmacher, Rotekrebsstr. 27/28.

Wurstschmalz Pfd. 44 Pf. 1034 Prachtvolle pikante große Bauernkäse Stück 5 Pf. **Butterhandl. Edelweiss** 40 Halberstädterstr. 40.

Gänse 985 Gänsefleisch Gänseklein Gänseflomen Gänsepökelfleisch Wochenmarktstand gegenüber der Fischhandlung Weise. **Moritz Weinberg** Berliner Str. 1a

Aepfel 436 nur gute Wintersorten, verkauft jedes Quantum zu billigsten Preisen **Otto Hesse, Beyendorf.**

Buckauer Markt. **Hasen** zu 1.50 Mk. u. preiswerte Kaninchen. **A. Popofsky** Goldschmiedebrücke 3.

Von den letzten **Pfand-Versteigerungen** zurückgekaufte Gegenstände als: Post-Uniform, Rock- u. Hose. Winter-Ueberzieher, Anzüge, Jacketts, Damen-Garderobe, Wäsche, Zithern, Geigen, Handnähmaschine werden zu 791 **jedem Preise** verkauft Apfelstraße Nr. 16 1 Treppe links.

Waschen Sie schon mit 798 **Kluges Seifensalmiak?** Fernsprecher

Kanonen- und andre **Heiz- und Kochöfen Knie, Rohre Rosten u. Feuertüren** verkaufe billigst. **Friedrich Hentrich** Neustadt 992 Neuhaldensleberstr. 46.

Gr. Auktion! Die Restbestände eines Pfandleih-Geschäfts! Freitag den 21. ds. Mts., und folgende Tage, nachmittags 2 Uhr, versteigere ich **Gr. Diesdorferstr. 19** Eingang Spielgartenstr. 4 folgende Gegenstände: 1035 1 großen Posten Bettwäsche, Bezüge und Bettlaken, Bettdecken, woll. Decken, Damen-Hemden, Herren-Hemden in Leinen u. Normal, Kleiderstoffe, Kattun, Gingham und Wolle, abgepaßte Roben, 1 Partie Scheuertücher, 1 Partie Schuhwaren, Damengarderobe, Jacketts und Mäntel, Herren-Ueberzieher, modern, Herren-Anzüge, Hosen, Arbeitshosen, Stoffe für Herren-Anzüge, Hosen und Ueberzieher, goldene und silberne Herren- und Damenuhren, Standuhren, Weckeruhren, Regulateure, Ketten, Tischwäsche, Umschlagekopftücher, Betten, Handtücher und viele andre derartige Versatzstücke. Sämtliche Sachen können von vormittags 11 Uhr besichtigt und verpaßt werden. Versteigerung von nachmittags 2 Uhr bis abends 6 Uhr. **J. Baumgärtner** Auktionator und Taxator Buttergasse 4 u. Schwertfegerstraße 7.

Neustadt, Leopoldstrasse 3. P. P. Meinen Freunden und dem werten Publikum zur gefl. Mitteilung, dass ich am Sonnabend den 22. d. M. neben meiner Engros-Wurstfabrik ein Detail-Geschäft für Fleisch- und Wurstwaren eröffne. Bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. 445 Hochachtungsvoll **A. Meyer.**

Flechten Schuppenflechte, trockene und nässende Flechte, skroph. Ekzema, Hautausschläge **offene Füsse** Beinschäden aller Art, Beingeschwüre, Aderbeine, böse Finger und alte Wunden sind oft sehr hartnäckig; **wer bisher vergeblich** hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten **Rino-Salbe** frei von Gift und Säure, Dose Mk. 1.—. Dankschreiben gehen täglich ein. Bestandteile: Bienenwachs, Naphtalan je 15, Walrat 20, Benzoefett, Ven. Terp., Kampferpflaster, Perubalsam je 5, Eigelb 30, Chrysarobin 0,5. Zu haben in den Apotheken bes. in der Adler-Apotheke „ „ Viktoria-Apotheke „ „ Löwen-Apotheke „ „ Kaiser-Apotheke.

Singer-Nähmaschine, tadellos gut nähend, **15 Mk.**, zu verkaufen Tischlerbrücke 10, Hof links. 964

Lampen. 784 Große Auswahl von Neuheiten aller Art in guter solider Ausführung, mit den besten, neuesten Brennern ausgestatt. Auch können vorhandene Lampen, welche im Brennen nachgelassen haben, mit neuen, praktischen Brennern wieder ausgerüstet werden. Sämtliche Ersatzteile einzeln. **Otto Janoschek** vormals **C. Marquardt** **Gr. Junkerstr. 6a** der „Buckauer Bierhalle" gegenüber.

Unserm werten Freunde 447 **Otto Gehrhardt** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein **donnerndes Lebehoch!** Otto, wie wärs denn mit 'nem Töpschen? **Die durstigen Seelen vom „Luisenpark".** W. M., R. Sch., W. T., O. F., G. B., H. F., W. L., O. B.

Standesamt.

Magdeburg, 18. Oktober.

Aufgebote: Arbeiter Joseph Warsinski mit Marie Pieckarski in Barleben. Feilenhauer Wilhelm Stransky in Halberstadt mit Anna Dehne hier. Arbeiter Franz Hermann Paul Fädrich mit Anna Dorothee Elisabeth Peters in Eimersleben. Grubenschmied Wilhelm Karl Nehring mit Ida Alma Engel in Hamersleben. Landwirt Paul Schröder in Stolberg mit Marianne Richard hier. Gerichtsassessor Otto Frielinghaus in Schöneberg mit Margarete Hahn hier.

Vom 19. Oktober.

Aufgebote: Tischler Karl Hoffmann in Gröna mit Anna Voigt in Barleben. Prokurist Paul Erler mit Gertrud Stettin. Arbeiter Richard Kehrhoff mit Elise Kindel. Depot-Vizefeldwebel Wilhelm Eggert mit Emilie Schwarz. Schlosser Heinrich Hermann Knape hier mit Hermine Selma Herbst in Olvenstedt. Schutzm.-Anwärter Heinrich Franz Winter mit Christiane Friederike Hartkopf in Schneidlingen. Steinmetz Hermann Otto Schumann mit Marie Elisabeth Martha Ohle in Gommern. Dachdecker August Friedrich Wilhelm Moritz mit Berta Ida Anna Schrader in Wolmirstedt. Arbeiter Heinrich Friedrich August Schulze mit Anna Friederike Minna Bertels in Neuferchau.

Eheschließungen: Vergolder Anton Albrecht mit Martha Greuzdörfer. Maschinenschlosser Otto Schulze mit Anna Thiele. Buchh. Ernst Dettmar mit Elsa Hüttmann. Sergeant Paul Kersten mit Marie Bruckert. Schriftsetzer Karl Steinkopf mit Marie Ziems. Ingenieur Paul Schmidt mit Anna Hillmann. Krankenwärter Karl Lenz mit Helene Gladigau.

Geburten: Heinz, S. des Lageristen Karl Beiler. Paula, T. des Schneiders Wilhelm Kaufert. Wilhelm, S. des Kesselschmieds Heinrich Albrecht. Hilmar, S. des Handlungsgehilfen Hermann Blietz.

Todesfälle: Wilhelm Engel, Kaufmann, 77 J. 6 M. 21 T. Willi Müller, Schlossergeselle, 18 J. 1 M. 4 T. Witwe Charlotte Otto geb. Schettina, 74 J. 29 T. Otto, S. des Oberkellners Otto Bremer, 11 T. Margarete, T. des Tischlers Albert Klaus, 1 J. 11 M. 25 T.

Sudenburg, 19. Oktober.

Eheschließungen: Gelbgießer Karl Schridde mit Emmi Jahn. Arbeiter Gustav Heinrich mit Emilie Kretschmann.

Geburten: Walter, S. des Arbeiters Otto Krüger. Olga, T. des Arbeiters Oskar Siebert. Anna, T. unehel.

Todesfall: Oberbriefträger Karl Siegert, 65 J. 2 M. 25 T.

Buckau, 19. Oktober.

Eheschließungen: Milchhändler Christ. Höpfner mit Agnes Flaßhaar. Bäcker Karl Ehlebe mit Anna Walburgis.

Todesfall: Willi, S. des Hilfsbremsers Karl Bahrs, 22 T.

Neustadt, 19. Oktober.

Aufgebot: Blechschmied Ferd. August Walter Bandelow mit Luise Emma Anna Eschmann.

Eheschließung: Streckenarb. Gustav Werner mit Berta Hornemann.

Geburten: Albert, S. des Kutschers Aug. Pitz. Karl, S. des Handschuhmach. Adolf Petsch. Fritz, S. des Installat. Friedrich Braune. Rudolf, S. des Glasers Hermann Winter. Albert u. Walter, Zwillingssöhne des Zimmermanns Otto Koch. Elisabeth, T. des Kutschers Wilh. Stannies. Elli, T. des Fleischermeisters Otto Zander.

Todesfälle: Martha, T. des verstorb. Arb. Heinrich Rauchfuß, 3 M. 23 T. Max, S. des Arb. Wilh. Badge, 1 J. 5 M. 12 T.

Aschersleben.

Geburten: S. des Bergm. Emil Fischer. T. des Arbeiters Hermann Baumann. T. des Arbeiters Karl Kuhne. T. des Bildhauers Ernst Baumgarte.

Todesfälle: Ehefrau Dorothee Hampel geb. Koch, 44 J. 2 M. 26 T. Gustav, S. unehelich, 28 T.

Burg, 18. Oktober.

Aufgebot: Arbeiter Julius August Franz Görsch mit Marie Elvire Kamilla Müller.

Geburten: S. des Kürschnermeisters Emil Linke. S. unehelich.

Totgeburt: T. des Arbeiters Adolf Janke.

Vom 19. Oktober.

Geburten: S. des Schuhmachers Albert Lange. S. des Fleischermeisters Franz Nitsche. S. des Zuschneiders Wilhelm Bergemann. S. unehelich.

Todesfall: Willi, S. des Handschuhmachers Ernst Tilger, 7 M.

Halberstadt.

Vom 15. bis 18. Oktober.

Aufgebote: Feilenhauer Wilh. Stransky mit Anna Dehne. Ackerer Ignaz Mitke in Groß-Thurze mit Anna Darda in Jedlownik. Maurer Hugo Oskar Schunke in Linden mit Ella Wilhelmine Friederike Weber in Eschede. Bäcker Albert Schieferdecker hier mit Auguste Luise Berta Hahne in Blankenburg. Dienstknecht Friedrich Albert Voigt mit Marie Emma Wolff, beide in Quedl. Kellner Wilhelm August Apel mit Hedwig Schneider gen. Becker, beide in Wernigerode. Arbeiter Gustav Otto Falkenberg mit Ida Fräßdorf, beide in Zerbst. Dachdeckermeister Friedrich Schaefer in Gr.-Quenstedt mit Witwe Köhler Dorothee geb. Kupfer hier. Weichensteller Wilh. Kopp in Vienenburg mit Anna Fricke hier.

Eheschließungen: Regierungs-Baumeister Bruno Volkmann mit Ida Müller. Gärtner Gustav Lehmann mit Martha Frehde. Lackierer Otto Treitler mit Minna Eitze. Maurer Gustav Neumann mit Emma Wesemann. Dachdecker Eduard Bosse mit Anna Sreck.

Geburten: S. des Schlossers Ernst Ruhe. S. des Handschuhmachers Fritz Kasten. S. des Gelbgießers Herm. Breust. T. des Arb. Karl Schmidt. T. des Arb. Karl Letz. S. des Wachtmeisters Max Schmidt. S. des Hauptmanns u. Kompanie-Chefs Hans von Wedel. T. des Arb. Karl Guthus. T. des Schlossers Wilh. Zinken. S. des Maurers Friedrich Dyhr. T. des Handschuhmach. Emil Eitel. S. des Schmieds Otto Sarömba.

Todesfälle: Tierarzt Oskar Goeroldt aus Hamersleben, 58 J. 6 M. 7 T. Dachdecker Hermann Fredersdorf, 41 J. 10 M. 8 T. Kaufmann Hans Klitschmüller, 25 J. 7 M. 20 T. Frida, T. des Schmieds Karl Schliwski, 5 J. 2 M. 9 T. Musikdirektor Friedr. Tiedge, 57 J. 1 M. 7 T. Kürschner Reinhold Feldmann, 37 J. 21 T.

Schönebeck.

Aufgebot: Kaufmann Friedrich Strube, Witwer, in Gr.-Salze mit Margarete Berger hier.

Geburt: Johannes, S. des Arbeiters Franz von Schada Borhyszkowski.

Todesfälle: Friedrich, S. des Webers Heinrich König, 1 J. Fabrikarbeiter Franz Tuch, 30 J.

der Militärbehörde zu denunzieren. Es stellte nämlich die Frage: „Ist es zulässig, daß ein Reserveoffizier eine Volksversammlung einberuft und derselben vorsitzt (den Vorsitz hatte übrigens ein andrer Herr!), in welcher Aeußerungen des Kaisers kritisiert werden sollen und worden sind? Die Militärbehörde wird um Antwort ersucht." — Wenn sich die Schaumburger auch weiterhin noch solcher Mittelchen bedienen sollten, so werden sie sich die Sympathien verständiger Kreise wohl bald genug verscherzt haben. — So bemerkt die „Rh.-Westf. Ztg." dazu, dasselbe Blatt, das gegen die Denunziationen über Sozialdemokraten nicht das geringste einzuwenden hat. —

Oesterreich.

Die auf dem letzten österreichischen Parteitage von einzelnen Rednern geäußerte Befürchtung, das österreichische Proletariat sei auf dem Wege zu versumpfen, hat sich recht bald als unbegründet erwiesen. Nach der Bewegung in Brünn folgte Prag und jetzt Pilsen. In letztgenannter Stadt demonstrierte die Arbeiterschaft am letzten Sonntag in drei großen Versammlungen. Die Demonstration wurde nachher auf der Straße fortgesetzt. Hier wurde die Gendarmerie mit aufgepflanztem Bajonett auf die Arbeiter losgelassen, wobei es zu einem hochdramatischen Akt kam. Ein Arbeiter stürzte sich vor die Menge, entblößte seine Brust und rief: „Da sticht her, wenn Ihr Arbeiterblut wollt!" Das brachte die Gendarmerie zur Besinnung und es gelang dann den Vertrauensmännern der Partei, die äußerst erregte Menge zu beruhigen und zum Abmarsch zu bewegen. Vor dem Rathaus hielt dann Genosse Habermann eine Rede.

Der Fackelzug zu Ehren Luegers ist verboten worden. Die Regierung hegte mit Recht die Befürchtung, es könne bei der Abhaltung des Fackelzuges zu ernsten Straßenunruhen kommen. Es fand eine längere Beratung Körbers mit Lueger statt, in der der Minister erklärte, es sei der Wunsch des Kaisers, daß die Ruhe in Wien nicht gestört werde. Von sozialistischer Seite wird dagegen verkündet, das Polizeiverbot werde die Arbeiter nicht hindern, Lueger Sonntag in ihrer Art zu beglückwünschen. Die Antisemiten sind wütend und wollen nun im nächsten Jahr den Fackelzug bringen. Auch dann werden die Arbeiter auf dem Posten sein. —

Schweiz.

Vor dem Kriegsgericht zu Neuenburg werden insgesamt 6 Soldaten zu erscheinen haben, welche ihren Dienst verweigerten, als es galt, gegen die streikenden Arbeiter in Chaux de Fonds zu marschieren. Unter diesen befindet sich auch ein Offizier. —

Der russisch-japanische Krieg.

Die Pause der Erschöpfung.

Am Schaho ist endlich Ruhe eingetreten, der Lärm der elftägigen mörderischen Schlacht ist wenigstens für kurze Zeit verstummt. Verstummt sind aber auch die russischen Siegesbotschaften, nachdem ein lakonisches Telegramm Kuropatkins an den Zaren auch nicht ein Sterbenswörtchen von all den großen Erfolgen zu melden wußte, die die Phantasie der Kriegsberichterstatter ihm zugeschrieben hatte.

Marschall Oyama berichtet unter dem 18. d. M. folgendes: In der Richtung unsrer rechten Armee scheint der Feind allmählich seine Streitkräfte zu verringern; nur kleine Abteilungen derselben fahren in ihrer Tätigkeit fort. Die bei Tschensihu geschlagenen Russen gehen in nordöstlicher Richtung zurück. Gegen unsre zentrale Armee machte der Feind in der vergangenen Nacht mehrere Sturmangriffe, die aber alle zurückgeschlagen wurden; und heute, den 18., wurden auf beiden Seiten nur von Zeit zu Zeit Kanonenschüsse gewechselt. Gegen die Front unsrer linken Armee richtet der Feind dann und wann indirektes Feuer.

Der Pariser japanische Gesandte Motono äußerte in einem Interview: „Als die Welt von uns nur wußte, daß wir große Künstler besitzen, galten wir allgemein für Barbaren; heute, da man einsieht, daß wir uns auch aufs Töten verstehen, läßt man uns als zivilisierte Nation gelten." Die Ironie ist bissig, aber treffend.

Letzte Nachrichten.

Hd. Petersburg, 20. Oktober. Vom Kriegsschauplatz wird berichtet: Die Elemente beherrschen wieder einmal vollständig die Lage. Ein neuerlich eingetretener Regen untersagt jede Operation und zwingt zur vorläufigen Einstellung der Feindseligkeiten. —

Hd. London, 20. Oktober. In Tokio herrscht der allgemeine Eindruck, daß der Fall von Port Arthur nur noch eine Frage von Tagen sei. —

Hd. Kopenhagen, 20. Oktober. Die gesamte russische Ostseeflotte, zusammen 35 Schiffe, hat nunmehr (!) Korsör passiert. Einige Schiffe waren schon gestern vorausgegangen und ankerten bei Omö, um die Hauptflotte abzuwarten. An der Spitze fuhr ein großer, hier gebauter Eisbrecher. —

Hd. New-York, 20. Oktober. Die japanische ersuchte die amerikanische Regierung, in Petersburg dagegen vorstellig zu werden, daß die Russen Soldaten in chinesischer Kleidung in die Front bringen, was gegen den internationalen Kriegsbrauch verstoße. In den letzten 24 Stunden haben nach amtlichen Tokioer Meldungen keine neuen Kämpfe stattgefunden. —

Hd. Lemberg, 20. Oktober. Wie das „Jaroslawer Wochenblatt" meldet, haben sich ein russischer Oberst, sechs Offiziere und ein Militärarzt, denen der Ankauf von Pferden für die russische ostasiatische Armee in den Grenzgebieten übertragen war, geflüchtet. Sie wandten sich nach der Schweiz, um nicht mehr nach Rußland zurückzukehren. —

Gewerkschaftsbewegung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Zur Erreichung eines Tarifvertrags treten die **Schleifer und Nickelpolierer** der Nähmaschinenfabriken in Durlach, Karlsruhe und Ettlingen in eine Lohnbewegung ein. — In den Adler-Fahrradwerken in Frankfurt a. M. steht infolge von Maßreglungen der Streik bevor. — In der Fabrik für Heizungsanlagen von Rudolf Otto Meyer in Mannheim sind sämtliche Arbeiter, rund 400, in den Ausstand getreten. Der Konflikt wurde durch eine neue Verfügung der Direktoren, die eine fünftägige Lohneinbehaltung zum Gegenstand hatte, während bisher nur drei Tage einbehalten wurden, hervorgerufen. — In Dessau dauert die Aussperrung an. — Die **Buchbinder** in Dresden errangen seit Montag, allwo sie im Streik stehen, schon gute Erfolge. Etwa 220 arbeiten zu neuen Bedingungen, während 1000 weiter streiken. — Die **Holzarbeiter** in Dessau beantworten die Aussperrung der Waggonfabrik mit folgenden Forderungen: 9½stündige Arbeitszeit, 3 Pfg. Lohnerhöhung, pro Stunde 35 Pfg. Minimallohn, Zuschlag für Ueberstunden 2c. In Kevelaer, dem bekannten Wallfahrtsort, ist bei der Firma Idnig, Niederrheinische Kruzifixfabrik, ein Streik ausgebrochen. Der sehr fromme Firmeninhaber verlangt, daß seine Arbeiter ihren Austritt aus der christlichen Gewerkschaft erklären. Daraufhin stellten die Arbeiter die Arbeit ein. — Die **Zimmerer** in Bremerhaven beschlossen den Kampf einzustellen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit darf der gewaltige Kampf im Baugewerbe an der Unterweser, der 28 Wochen dauerte, als beendet angesehen werden. Es fragt sich allerdings, wie die Unternehmer sich verhalten werden. Auch die **Maurer** haben die Arbeit wieder aufgenommen. — Die **Steinarbeiter** in den großen Marmorwerken Kiefersfelden bei Rosenheim sind wegen Maßreglungen in den Ausstand getreten. — Die **Müllkutscher** in Berlin bleiben weiter ausgesperrt. — Die **Fleischergesellen** in Berlin erreichten durch den Streik die völlige Einstellung der Sonntagsschlachtungen. In Hamburg haben 75 Arbeitgeber bewilligt. Im Streik stehen noch 890 Mann. Die Meister lehnten das Gewerbegericht ab. Die Fleischergesellen Nürnbergs sind ebenfalls in einer Tarifbewegung begriffen. — Die **Gips- und Zementarbeiter** in Berlin hatten Montag bei denjenigen Firmen, die sich zur Unterschrift bisher nicht bereit erklärt hatten, die Arbeit niedergelegt. Daraufhin bewilligten 13 Firmen mit rund 200 Arbeitern den Tarif. Gestreikt wird noch bei 17 Firmen von etwa 120 Arbeitern. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. Oktober 1904.

— **Der Tod des Genossen Albert Schmidt.** Ueber die näheren Umstände, unter denen der Genosse Albert Schmidt den Tod gesucht hat, macht die Bielefelder „Westfälische Zeitung" einige Angaben, denen wir folgendes entnehmen: „Schmidt hatte am letzten Sonnabend vormittag gegen 11 Uhr das Bureau der „Volkswacht" in Bielefeld, deren Geschäftsführer er bekanntlich war, verlassen und sich anscheinend zu Fuß nach Isselhorst begeben, wo er sich unweit dieses Ortes vor den daherbrausenden Köln-Mindener D-Zug warf. Dem Unglücklichen wurden von den Rädern des Zuges Kopf und Beine glatt vom Rumpfe getrennt, so daß der Tod auf der Stelle eingetreten ist. Der schaurige Vorfall wurde erst bemerkt, als der später folgende Zug die Unfallstelle passierte. Die zerstückelten Leichenteile wurden in einer Kiste verpackt und nach dem Leichenschauhause in Brackwede gebracht, wo sie auf Anordnung der zuständigen Staatsanwaltschaft vorläufig verblieben, bis die behördliche Untersuchung des Vorkommnisses beendet war. Der auf so gräßliche Weise aus dem Leben Geschiedene hatte vor Ausführung der Tat auf sein Chemisett die folgenden Worte geschrieben: „Ich kann die Qual nicht länger mehr ertragen! Grüßt Frau und Kinder! Albert Schmidt." Da diese Darstellung die Runde durch die ganze bürgerliche Presse macht, wollen auch wir nicht unterlassen, von ihr Notiz zu nehmen. Von parteigenössischer Seite in Bielefeld sind nähere Angaben über die Ausführung und die Beweggründe der Tat nicht gemacht worden. —

— **In dem Bericht über die Bezirksversammlungen** in der Altstadt und der Alten Neustadt ist nicht erwähnt, daß die Versammlungen das Andenken des Genossen Schmidt in der üblichen Weise ehrten. Auf Wunsch teilen wir mit, daß dieser Akt der Pietät natürlich auch in diesen Versammlungen vorgenommen wurde. Seine Erwähnung ist versehentlich unterblieben. Ferner bestätigen wir dem in der Altstadt gewählten Schriftführer gern, daß er uns einen ausführlichen Bericht einsandte, den wir aber in diesem Umfange nicht verwenden konnten. —

— **Die Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins** in Buckau war gut besucht. Sie ehrte das Andenken des auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Genossen Schmidt durch Erheben von den Plätzen. Leider war der Referent nicht erschienen, was von der Versammlung übel vermerkt wurde, weil derartige Fälle mit dazu beitragen, daß die Versammlungen nicht so besucht werden, wie sie besucht werden müßten. Ueber den Antrag des Vorstandes, in Zukunft mehr öffentliche Versammlungen abzuhalten, entfaltete sich eine rege Diskussion, der Antrag wurde dann einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß am Bußtage eine öffentliche Versammlung in Buckau stattfinden soll, zu der dem Genossen Landsberg das Referat übertragen werden soll. Zum Schluß wurden die Anwesenden aufgefordert, in der Agitation nicht zu erlahmen und tatkräftig an den Arbeiten zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in den in Frage kommenden Stadtteilen teilzunehmen. —

— **Magdeburgs Trinkgelegenheiten.** In dem Bericht über die Tätigkeit des Stadt-Ausschusses bringt der diesjährige Verwaltungsbericht eine Aufstellung über die in Magdeburg vorhandenen Gast- und Schankwirtschaften. Zu Nutz und Frommen derer, die da meinen, in Magdeburg sei zuwenig Trinkgelegenheit vorhanden, sei mitgeteilt, daß am Schluß des Jahres 1903 insgesamt vorhanden waren: 84 Gastwirtschaften, 417 unbeschränkte Schankwirtschaften, 166 beschränkte Schankwirtschaften, 383 unbeschränkte Branntwein-Kleinhandlungen, 33 beschränkte Branntwein-Kleinhandlungen und 42 Schankwirtschaften für nichtgeistige Getränke. Bei einer Einwohnerzahl von rund 235 000 entfielen daher: eine Gastwirtschaft auf 2798 Einwohner, eine Schankwirtschaft (beschränkte und unbeschränkte) auf 376 Einwohner, eine Branntweinkleinhandlung (beschränkte und unbeschränkte) auf 565 Einwohner. —

— **In Sachen des Konsumvereins Neustadt-Magdeburg** gegen den verantwortlichen Redakteur des „Central-Anzeiger", Johannes Roether, wegen Beleidigung, begangen durch die Aeußerung, daß Ueberschüsse des Konsumvereins für sozialdemokratische Zwecke verwendet würden, stand gestern Berufungstermin vor dem Landgericht an. Nach mehr als dreistündiger Verhandlung verkündete der Gerichtshof, daß der Beweis der Wahrheit für nicht erbracht zu erachten sei, weshalb auf 50 Mark Geldstrafe und Auferlegung der Kosten zu erkennen sei. Gleichzeitig wurde den Privatklägern die Publikationsbefugnis im „Central-Anzeiger" zuerkannt und Vernichtung der noch vorhandenen Exemplare und Platten, soweit sie sich auf den fraglichen Artikel beziehen, ausgesprochen.

Dem „Central-Anzeiger" ist also nunmehr gerichtlich bestätigt worden, daß er den Konsumverein verleumdete. Er kündigt zwar an, daß Revision gegen das Urteil eingelegt würde. Das wird ihm aber nicht viel nützen. Bedauerlicherweise hielten es die Beteiligten nicht für notwendig, die Redaktion der „Volksstimme" vom Stattfinden des Termins zu unterrichten. Wir sind daher außerstande, über diesen, für den Konsumverein so außerordentlich wichtigen Prozeß einen ausführlichen Bericht zu veröffentlichen. —

— **Rentenzahlungen durch die Postbehörden in Städten.** Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsversicherungsamt und den Zentralpostbehörden haben sich letztere bereit gefunden, bei Rentenzahlungen für Empfänger in den Landbestellbezirken die Abtragung der Geldbeträge durch die Landbriefträger ohne Erhebung von Bestellgebühren bewirken zu lassen. Die Erfahrungen mit dieser Einrichtung während der mehrjährigen Durchführung derselben sind derartige, daß ein analoges Verfahren nach der Annahme sachverständiger Beurteiler auch für die Städte und für alle Zahlungen zweckmäßig und möglich ist. Die jetzige Handhabung der Auszahlung ist vielfach umständlich und zeitraubend, und führt nicht selten zu einem Ausfall an Verdienst. Dem bestellenden Postbeamten sind die Rentenempfänger seines Bezirks fast ausnahmslos persönlich bekannt. Durch seine ständige Berührung mit dem Publikum wird er über den Tod von Rentenbeziehern unterrichtet. Die jetzt zu beschaffende Bescheinigung, „daß Empfänger die Quittung eigenhändig vollzogen", ließe sich durch einen einfachen Bestellvermerk des Boten, wie er bei der Auszahlung der Postanweisungen üblich ist, ersetzen.

— **Zum Schutze gegen das Agrarierfleisch** werden jetzt allenthalben in den Städten Maßregeln getroffen, die einer Schädigung der Gesundheit der Bevölkerung vorbeugen sollen. Mit besonderer Energie geht man in dieser Beziehung in Königsberg i. Pr. vor.

Dort soll zunächst, wie die „Königsberger Hartungsche Zeitung" mitteilt, an der gesonderten Feilhaltung des auswärts geschlachteten und des auf dem Schlachthof geworbenen Fleisches festgehalten werden. Eine weitere Maßnahme ist die oftmalige Revision der Fleischerläden und der sonstigen Verkaufsstellen. Dem auswärtigen, von Tierärzten untersuchten Fleisch soll ferner die Kühlhausbenutzung und die Benutzung der Freibank untersagt werden. Endlich beabsichtigt der Magistrat, sich mit einem Schreiben an den Königsberger Aerzteverein zu wenden, worin er die Aerzte ersucht, bei Krankheitserscheinungen, die mit dem Genuß kranken Fleisches in Zusammenhang stehen könnten, die Aufmerksamkeit möglichst weiter Kreise auf diese Fälle zu lenken und dadurch vor dem Genuß von Fleisch, das nicht auf dem Schlachthof nachuntersucht ist, zu warnen. Schließlich ist auch noch der Erlaß einer neuen Polizeiverordnung in Aussicht genommen, die den Fleischverkehr, insbesondere auch die Aufsicht über das eingeführte Fleisch, generell regelt. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

In Magdeburg besteht ein Gemeindebeschluß vom 26. Februar 1891, der bestimmt, daß eingeführtes Fleisch nur in gesonderten Ständen unter der Bezeichnung „Eingebrachtes Fleisch" feilgeboten werden darf. Eine neue Verordnung hat der hiesige Magistrat nicht erlassen. Wenn auch das hiesige Publikum sich also schützen kann vor dem agrarischen Polkafleisch, wäre es doch angebracht, wenn der Magistrat die Bestimmungen erneut den Fleischkäufern und Fleischverkäufern ins Gedächtnis zurückrufen würde und wenn ferner für möglichst weitgehende Bekanntmachung dieser Bestimmungen gesorgt würde. —

— **Schwurgericht Magdeburg.** Die siebente Schwurgerichtsperiode beginnt am 31. Oktober d. Js. unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Herold. —

— **Unfälle in der Landwirtschaft.** In Sachen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der Provinz Sachsen sind beim Stadt-Ausschuß als Vorstand der Sektion Magdeburg im Jahre 1903 41 Unfälle angemeldet worden. Davon konnten in 7 Fällen Renten festgesetzt werden, während in 34 Fällen die Verletzten die Arbeit innerhalb der ersten 13 Wochen wieder aufnehmen, bzw. den Anträgen auf Bewilligung einer Rente nicht entsprochen werden konnte. —

— **Im Walhalla-Theater** gastiert seit einigen Tagen neben einem auserwählten Künstlervölkchen eine Araber-Truppe (acht Personen), die allabendlich frenetischen Beifall erntet. Diese Söhne der Steppe, überaus gelenkige Leutchen, bezeichnen sich auf dem Programm als „die besten Springer der Welt", und — eine angenehme Abwechslung — in diesem Falle darf man dem Zettel ohne weiteres glauben. Es ist erstaunlich, wie geschickt und tollkühn diese Asiaten, die in ihrer Heimat kriegerische Hirten waren, ihre geschmeidigen Körper in allen Variationen des Saltomortale durch die Lüfte fliegen lassen. Das Publikum geriet bei den Darbietungen der Truppe fast in Ekstase und deutlich bewies der Beifall, daß ihm diese Tätigkeit der Steppensöhne angenehmer ist als das sonst von Arabern gezeigte Hantieren mit Säbel, Gewehr und andern Mordinstrumenten der Beduinen. — Aus der Reihe der übrigen Künstler verdienen noch erwähnt zu werden Professor Ralph mit seinen fünf dressierten Schweinen (die eigentlich in den Zirkus gehörten), die akrobatischen „Friseure" Brüder Gillet, sowie die beiden Brüder Finley als hervorragende Reckkünstler. Das „Rheingold-Trio" begnügt sich damit, sich als lebende Reklametafel für ein hiesiges Inseratenblatt zu zeigen — eine Geschmacklosigkeit, die nur die in den Logen sitzenden Redakteure dieses Blattes applaudieren; das Publikum sah sich diese Darbietung der Reklamekünstler schweigend an. —

Letzte Nachrichten.

Hd. Trier, 20. Oktober. Bei den Ausschachtungsarbeiten auf dem Bahnhof Bullay wurden durch Geröll mehrere Arbeiter verschüttet. Zwei wurden getötet. —

Hd. Straubing, 20. Oktober. Im Dorfe Pattiskofen wurde gestern mittag der Bauer Buchner von seinem 18jährigen Dienstknecht, mit dem er während der Arbeit in Wortwechsel geraten war, erstochen. —

Hd. Paris, 20. Oktober. In der Kammer berieten die beiden rechten Flügel der die Mehrheit bildenden Fraktionen, die demokratische Union und die demokratische Linke, über die bei der morgigen Debatte über die Kirchenpolitik einzunehmende Haltung. Die demokratische Union beschloß, jeder Tagesordnung zuzustimmen, welche die Schließung der Botschaft beim Vatikan billigt, dagegen jeden Antrag zugunsten der Trennung von Staat und Kirche an die zuständige Kammerkommission zu verweisen. Andrerseits zeigte sich die radikale Linke unzufrieden wegen der hervorragenden Rolle, welche die Sozialisten in der Politik spielen. Sie beschloß unter dem Vorsitz Sarriens die Regierung einzuladen, den Brianschen Entwurf über die Trennung von Staat und Kirche durch eine neue aus der Initiative der Regierung hervorgegangene Vorlage zu ersetzen und die Trennung noch vor der Verhandlung über die Vorlage der Altersversicherung der Arbeiter durchzuführen. —

Briefkasten.

M. B., Schönebeckerstraße. Die Schulden der Bundesstaaten betragen 11 731 Millionen Mark; die des Reichs 2360 Millionen. —

∓ **Für Parteizwecke gingen ein:** Drei Skatspieler vom Männer-Gesangverein A. N. 2,00. Zurückgewiesene Remuneration 3.50. H. St. 1,00. Vereinsbeiträge 80,00. **Richert.**

H. Lublin

Gelegenheitskauf Freitag — Sonnabend

ca. 1000 Pfund

weisse vorzügliche

Rupf-Bettfedern

füllkräftig und weich

1.80

Regulärer Wert Pfund 2.50 . . . . . **Sonderpreis** Pfund

Fertige Inletts in grosser Auswahl zu Extra-Preisen!

Solange der Vorrat reicht.

Altmärk. Schweine.
Bin am Mittwoch in **Fermersleben** u. Donnerstag, 20. Okt., in **Westerhüsen** mit sehr billigen großen und kleinen Schweinen. 5437
Gottlieb Müller, Bösdorf.

Gartenparzelle mit Laube b. z. vk. bei **Otto Schröder,** N.-Heinrichst. 24.

Stadt-Theater.
Freitag den 21. Oktober 1904.
Mignon.
Sonntag den 23. Oktober 1904.
Nachmittags zu ermäßigten Preisen.
Rose Bernd.

Naturheilverein Buckau.
Montag den 24. Oktober, abends 8 Uhr in Köhlers Konzert- und Ballhaus
Hochinteressanter
Experimental- und Demonstrations-Vortrag
des Psycho-Physiognomikers Herrn Karl Rotthaus.
Thema: **Menschenkenntnis und Charakteriesen durch Körperformen und Gesichtsausdruckskunde** auf neuen wissenschaftlichen Grundlagen sowie die sich daraus ergebenden Reformen für alle Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.
Nach dem Vortrag öffentliche Charakterbeurteilungen an Damen und Herren aus dem Zuhörerkreise. 1036
Karten im Vorverkauf bei den Vorständen 15 Pf., an der Kasse 20 Pf.
Gäste (auch Damen) willkommen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Magdeburg. Bureau: Fabrikenstr. 5-6.
Sonntag, den 23. Oktober, vormittags Punkt 11 Uhr, bei August Bartels, Fabrikenstraße
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung sämtlicher Bezirke.
Tagesordnung:
1. Vortrag über „Warum ist die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter eine Notwendigkeit?" 2. Wahl eines Delegierten zur Tarifkonferenz in Magdeburg. 3. Verschiedenes.
1033 **Die Verwaltung.**

Thale a. H.
Sonntag den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im „Reichskanzler"
Oeffentliche Parteiversammlung.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Bremer Parteitag. Referent: Genosse Rob. Greiner.
2. Neuwahl des Vertrauensmanns. 1032

Achtung, Aschersleben!
Trotz erhöhter Mehlpreise gebe auf **3 Mark Brot** auch im einzelnen **50 Pfennig Rabatt** und liefere jeden Posten frei ins Haus. Auch empfehle täglich frisches 1030
Tee- und Kaffee-Gebäck.
Franz Körber
Halberstädterstr. 10.

Wascht mit Schwan

Deutscher Metallarb.-Verband
810 **Verwaltung Magdeburg.**
Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28, I.
Versammlungen finden statt:
Sonnabend den 22. Oktober, abends 8½ Uhr
Bezirk Magdeburg
in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27/28.
Vortrag des 1. Geschäftsführers des hiesigen Konsumvereins Herrn Schmidtchen über: **Die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterschaft.**
Bezirk Gr.-Ottersleben im Lokale des Hrn. Strumpf
Vortrag des Kollegen Louis Hähnsen.
Branche der Klempner und Installateure im Lokale von Ed. Thiering, Tischlerkrugstr. 28.
Vortrag des Kollegen Richard Nitsch.
Montag den 24. Oktober, abends 8½ Uhr
Bezirk Behendorf und Sohlen im Lokale des Herrn Käsebier.
Vortrag des Kollegen Louis Hähnsen.
In sämtlichen Versammlungen wird außer dem Vortrag auf der Tagesordnung stehen:
2. Stellung zur Generalversammlung am 30. d. M.
3. Weitere Verbands- resp. Berufsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Gäste sind willkommen, speziell zum Vortrag des Herrn Geschäftsführers Schmidtchen, dessen Thema bei der Hetze gegen die Konsumvereine besonders aktuell ist.
Unsre **Lemsdorfer Mitglieder** machen wir auf die am Sonnabend bei J. Cäsar stattfindende
öffentliche Metallarbeiter-Versammlung
aufmerksam. — Zur Neuregelung unsrer Bibliothek bitten wir umgehend alle entliehenen Bücher abgeben zu wollen. Vor allem wollen unsre Zeitungsträger die Mitglieder hierauf aufmerksam machen
Die Ortsverwaltung.

Ein **Herren-Wintermantel** (16 bis 18 Jahre), ein rotbraunes **Sofa,** gut erhalten, eine **Bettstelle mit Matratze** billig 442
Morgenstraße 59, 1 Tr. r.

Gr. Zirkus
E. Blumenfeld Ww.
Magdeburg.
Heute Freitag den 21. cr. abends 8 Uhr
Zweite gr. Vorstellung
mit vorzüglichem Programm.
Reiten und Vorführen der besten Pferde des sehr reichen Marstalls
sowie **Auftreten der hervorragendsten Attraktionen.**
Die rumänische Vasileeku-Kompanie.
Das Großartigste auf diesem Gebiete.
Truppe Grebnieffs Miss Bella Mira
2c. 2c. 961
Vorzügliche Clowns und Auguste 2c. 2c.
Sonntag den 23. Oktober nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr
2 große Vorstellungen
Um zahlreichen Besuch bitten
Hochachtungsvoll
Gebr. Blumenfeld, Direkt.

Gut erhaltener **Kinderwagen** preiswert zu verkaufen. Zu erfr. b. Hausmann, Hohenstaufenring 8.

Tinte (tiefschwarz) empfiehlt die **Buchhdl. Volksstimme.**

Küchenzettel
der **Magdeburger Volksküche Gr. Marktstr. 21.**
Freitag: Schellfisch mit Mostrichsauce und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Graupensuppe mit Rindfleisch.

Freitag:
Schlachtfest.
Sonnabend:
Knoblauchswurst und Jauersche. 5446
W. Brandt
Friedrichsplatz Nr. 3.

Walhalla
Das allerbeste Programm der Saison!
Sensationeller Erfolg

Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Sonntag den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Langerbeck in Hundisburg
Kreisversammlung. 1022
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Bremer Parteitag. Referent: Genosse Rich. Nitsch.
2. Berichterstattung der Parteileitung. 3. Verschiedenes.
Einem zahlreichen Besuch seitens der Genossen des Wahlkreises sieht entgegen **Die Parteileitung.** J. A.: W. Ludwig.

Hüte werden elegant u. sauber garniert!

Hutformen
Federn
Perlen
Reiher

Stoffe!
in
großer Auswahl
zu
billigsten
Preisen!

J. Philes
Magdeburg-Neustadt
Lübeckerstr. No. 20
1038